

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 41.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint
jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch
die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark.
Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 12. Oktober 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf,
Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von
Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358.
Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf

14. Jahrg.

Aufruf an alle Mitglieder unseres Verbandes! Kolleginnen und Kollegen! Auf zur Arbeit!

Unsere Generalversammlung ist vorüber. Sie nahm einen geradezu glänzenden Verlauf. Imponierend wirkte vor allem die bei den Verhandlungen zutage getretene **Einmütigkeit** und **Geschlossenheit**. Sie zeigt, daß unsere Organisation innerlich kerngesund und gefestigt dasteht. Referate und Debatten legten auch Zeugnis ab von den **geistigen Fortschritten** unserer Bewegung. Dessen wollen wir uns freuen. Nun aber gilt, die von der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse durchzuführen. Vor allem in der **Sozialbeitragsfrage**. Mit einer seltenen Einmütigkeit wurde diese Frage erledigt.

Wir müssen kampfbereit und allen Eventualitäten gegenüber gewappnet sein.

So lautete die Parole. Sie war diktiert von der Ueberzeugung, daß **finanzielle** Kampfbereitschaft die beste Bürgschaft für einen ruhigen und stetigen wirtschaftlichen Aufstieg unseres Standes und der beste Schutz der persönlichen Freiheit im Arbeitsverhältnis sei. Darum der mit allen gegen eine Stimme gefaßte Beschluß, ab 1. Januar 1913 die Ortsgruppenprozente zu kürzen und Sozialbeiträge einzuführen. Möge diese Einmütigkeit auch bei den Mitgliedern, die Bedenken gegen die Einführung der Sozialbeiträge äußerten, ihre Wirkung nicht verfehlen. Möge sie insbesondere veranlassen, daß wir recht bald deren allgemeine Einführung konstatieren können. Das ist der allseitige Wunsch der unterzeichneten Verbandsinstanzen.

Kolleginnen und Kollegen! Aber nicht nur stark nach innen wollen wir sein,

auch nach außenhin wollen wir weiter wachsen;

das war der zweite Gedanke, der die Generalversammlung besetzte. Wir wollen in den nächsten zwei Jahren das Ziel erreichen, das wir uns in Aachen gesteckt haben. Und da wenden wir uns zunächst an die führenden Kollegen der Ortsgruppen; an die Vorstandsmitglieder, an die Mitglieder der Agitationskommissionen und an die Vertrauensleute. Ihnen rufen wir vor allem zu: **Hand ans Werk!** Sie sind in erster Linie dazu berufen, gemeinsam mit den Verbandsbeamten den Agitationsbeschluß der Generalversammlung zu verwirklichen.

Wie lautet dieser? Er verpflichtet jede Ortsgruppe, diesen Herbst und Winter

eine gut vorbereitete systematische Agitation

vorzunehmen. Vorstand, Agitationskommission und Vertrauensleute haben sofort eine gemeinsame Sitzung zu veranstalten und bis spätestens 1. November einen bestimmten Agitationsplan auszuarbeiten. Dieser ist unverzüglich dem Bezirksleiter einzusenden. Bei der Aufstellung des Planes müssen die örtlichen Verhältnisse und die bei früheren Agitationen gemachten Erfahrungen berücksichtigt und verwertet werden. Der Bezirksleiter hat auf Grund der ihm von den Ortsgruppen übersandten Agitationspläne einen Gesamtplan für den ganzen Bezirk aufzustellen und ihn bis spätestens 15. November der Zentrale zu übermitteln. Die Agitationserfolge der einzelnen Ortsgruppen müssen bis 1. Mai 1913 dem Bezirksleiter und der Zentrale gemeldet und im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Kolleginnen und Kollegen! Danach ist den Ortsgruppenleitungen freie Hand gelassen. Sie sollen selbst bestimmen, welche Art der Agitation sie betreiben wollen. Damit ist auch die Möglichkeit, sich den örtlichen Verhältnissen anzupassen, im vollsten Maße gewährleistet.

Mögen nun die einzelnen Ortsgruppenleitungen zeigen, was sie aus sich selbst heraus zu leisten vermögen, mögen sie den Beweis erbringen, daß sie aus den früheren Aktionen gelernt haben. Anregungen für die Agitation finden sie zur Genüge im Geschäftsbericht und in der Resolution über die Jugendagitation.

Aber nicht nur die Aufstellung des Agitationsplanes, auch dessen Durchführung ist vor allem Sache der Vorstands- und Agitationskommissionsmitglieder, sowie der Vertrauensleute. Sie haben laut Beschluß der Generalversammlung die Verpflichtung, während dieser Agitationsperiode mindestens alle sechs Wochen zusammenzukommen, um über den Verlauf der Agitation zu beraten, vorgekommene Mängel abzustellen und neue Anregungen zu geben. Von ihnen erwarten wir weiter, daß sie auch dann mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es gilt, die Person in den Dienst der guten Sache zu stellen. Ihr gutes Beispiel zündet, reizt andere mit. Darum sei sich jeder seiner Pflicht bewußt. — Jedoch!

Die Arbeit dieser Kollegen allein genügt nicht.

Sie muß unterstützt werden durch die opferwillige Mitarbeit all unserer Kolleginnen und Kollegen. Nur dann kann ein voller Erfolg erzielt werden. Darum wenden wir uns mit unserem Appell an alle Verbandsmitglieder, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Ihr alle seid bereit! Und wenn demnächst die Aufforderung zur Mitarbeit an euch ergeht, sagt freudig zu. Mit vereinter Kraft wollen wir danach streben, neue Mitstreiter zu gewinnen, die Zahl derer zu lichten, die bis jetzt noch gleichgültig und tatenlos abseits standen.

Also, Kolleginnen und Kollegen! Auf zur Arbeit!

Die Generalversammlung hat gesprochen. Der Streit über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Neuregelung muß verstummen. Den gefaßten Beschlüssen haben wir uns zu fügen. **Jetzt beginnt die Zeit praktischer Arbeit.** Gehen wir mit Liebe und Vertrauen zur Verbands Sache ans Werk. Verschaffen wir den gefaßten Beschlüssen Geltung und Anerkennung. Sie werden dem Verbandsorgan und uns selbst zum Segen gereichen.

Dann aber werfen wir uns mit ganzer Kraft in die Agitation. „Wir wollen, wir müssen vorwärts“, das sei unsere Losung. Mögen die einzelnen Ortsgruppen in edlem Wettstreit danach streben, die Agitation möglichst vollkommen und erfolgreich zu gestalten. Möge jedes einzelne Verbandsmitglied es als **Ehrenpflicht** betrachten, mit in den vordersten Reihen zu stehen; dafür zu sorgen, daß seine Ortsgruppe beim großen Generalappell im Verbandsorgan in Ehren zu bestehen vermag. Unser aller Ziel soll sein:

Den 50000 entgegen!

Zentralvorstand: C. M. Schäfer, Düsseldorf; Joh. Sistenich, Düsseldorf; Anton Heutmann, Düsseldorf; Franz Fischer, Düsseldorf; Jakob Pech, Krefeld; Heinrich Camps, Münster i. W.; Adolf Lenzing, Hannover; Erwald Weber, Aachen; Ernst Blantenagel, Barmen.
Bezirksleiter: Wilhelm Hermes, M.-Glabbach; Heinrich Fahrendrath, Barmen; Bernhard Otte, Bocholt i. W.; Hermann Sparenberg, Forst i. L.; Gerhard Müller, Bamberg; Peter Geier, Augsburg; Ernst Rümmele, Lörrach i. Baden; Wilhelm Köhling, Straßburg i. Elz.; Hermann Kammerer, Stuttgart.
Delegierte: Karl Eßer, Krefeld; Wilh. Marquardt, Krefeld; Jaf. Reuter, Uerath; Theob. Meßen, Lobberich; Heimr. Stiel, Lobberich; Heimr. Götz, Breßel; Franz Elßges, Süchteln; Joh. Kamacher, Dülken; Franz Glück, Bieren; Anna Killes, Bieren; Leonh. Struden, Grefrath; Heimr. Jppers, Schiefbahn; Jaf. Leuter, Geldern; Joh. Dreßen, Hünxbeck; Maria Reiffer, M.-Glabbach; Joh. Venßen, M.-Glabbach; Joh. Müller, M.-Glabbach; Bernh. Orts, M.-Glabbach; Maria Woll, M.-Glabbach; Jaf. Forst, Windberg; Karl Meinermanns, M.-Glabbach; Fried. Mibessen, Reuwerth; Johanna Krollen, Rheide; Herm. Langen, Gieselerkirchen; Wilh. Götz, Wassenberg; Joh. Sauren, Aachen; Math. Butterbach, Aachen; Joh. Janßen, Aachen-B.; Joh. Schümmer, Würzelen; Franz Bartholemy, Eupen; Hubert Fuß, Eupen; Viktor Gielen, Kettenis; Kär. Korr, Brand; Eg. Joh. Manns, Baals (Holland); Peter Zimmermann, Barmen; Joh. Koch, Düren; Jaf. Breuer, Eusterchen; Joh. Böhm, Hohen; Joh. Preis, Ronsdorf; Karl Müller, Barmen; Aug. Müller, Dählhaußen (a. d. Wupper); Joh. Höck, Dählhaußen; Aug. Holte, Elberfeld; Aug. Heese, Bocholt; Joh. Frieling, Rheide; Herm. Berje, Haltern; Math. Buscher, Haus; Wilh. Berer, Gronau; A. J. Menfuit, Enschede (Holland); Franz Lütkenhuis, Glanerbrug (Holland); Johanna Kijhof, Gronau; Bernh. Uebing, Borgthorpe; Joh. Weßendorf, Greven; Gerh. Hellebröder, Emsdetten; Theresia Dreihues, Emsdetten; Clemens Cronotte, Meßum; Bernh. Nagelschmidt, Rheine; Anton Althaus, Bramsche; Fritz Pippe, Gütersloh; Fritz Gehring, N.-Jollenbeck; Herm. Lange, Hillegosen; Andreas Hufe, Neumünster; Wilh. Osburg, Hannover-Linden; Bernh. May, Dingelstädt; Gustav Jungnickel, Neustadt i. Schl.; Heimr. Pider, Bittau; Fritz Melcher, Greiz i. S.; Wilh. Fakhender, Forst i. L.; Auguste Schepan, Spremberg; Fritz Mittelkind, Bamberg; Phillip Alt, Edelzell b. Fulda; Joh. Rothel, Augsburg; Joh. Eisenmann, Kollnau; Erhard Kiefer, Säckingen; Karl Wafmer, Säckingen; Aloys Simone, Althausen (i. Elz.); Karl Wachner, Gütingen; Leo Wolff, Colmar; Camill Bieger, Althausen (i. Elz.); Wilh. Wipfel, Lampertsmühle; Franziska Harber, Düsseldorf; Peter Roth, Düsseldorf; Heimr. Schaffrath, Düsseldorf; Eugen Reuter, Düsseldorf.

Ein Rückblick auf den Elberfelder Verbandstag.

Die vierte Tagung unseres Verbandsparlamentes ist vorüber. Sie wird in dem Gedächtnis ihrer Teilnehmer noch lange als angenehme Erinnerung lebendig bleiben. Für den Verband aber bedeutet sie eine neue Stufe in seiner Vorwärtsentwicklung. Die IV. Generalversammlung hat zunächst für eine erhebliche Stärkung unserer Verbandskasse gesorgt. Mit neuer Zuversicht dürfen unsere Mitglieder den kommenden gewerkschaftlichen Kämpfen und Stärken entgegengehen. Das Unterstützungswesen hat eine Neuerung und wesentliche Verbesserung erfahren. Mit imponierender Einmütigkeit und Geschlossenheit haben Delegierte und Zentralvorstand die Beschlüsse gemeinsam gefaßt. So kann von Elberfeld aus neue Lebenskraft und neue Arbeitslust bis in die entlegensten Ortsgruppen unseres Verbandes hineindringen. Der großen Agitationsaktion für den kommenden Herbst und Winter ist in Elberfeld in der besten Weise der Boden vorbereitet worden. Möge es nun auf der ganzen Linie an die Arbeit gehen.

Mit großer Befriedigung können wir alle auf die Elberfelder Tagung zurückblicken. Sie ist in jeder Beziehung glanzvoll verlaufen. Auch der äußere Rahmen der Generalversammlung entsprach durchaus der Bedeutung, die einer Tagung eines christlichen Berufsarbeiterverbandes von über 40000 Mitgliedern zukommt. Die Stadtverwaltung von Elberfeld hatte bereitwilligst die prächtige Stadthalle „Johannisberg“ dem Verbande zur Verfügung gestellt. Auch in dieser Hinsicht kommt der Fortschritt unserer Bewegung zum Ausdruck. War es doch vor fünf bis acht Jahren einer christlichen Gewerkschaftsorganisation noch nicht vergönnt, in einem städtischen Lokale zu tagen. Diese standen damals wohl den anderen Ständen, nicht aber den Arbeitern offen. Heute beginnen doch auch die städtischen Behörden die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für das gesamte öffentliche Leben zu schätzen und den Arbeiterstand mehr als gleichberechtigt mit den anderen Ständen anzuerkennen. Die Arbeiterschaft spielt doch im allgemeinen heute nicht mehr die Rolle des Aischenbrödel, wie das vor 10 und weniger Jahren noch der Fall war. Das ist ein schöner Erfolg der rührigen und zielbewußten Arbeit der christlichen Gewerkschaften. Von diesem Standpunkte aus begrüßen wir das Entgegenkommen der Elberfelder Stadtverwaltung, begrüßen wir auch ihre Vertretung auf dem Verbandstage durch den Beigeordneten Professor Dr. Benschel, der auf der Begrüßungsfeier warme Worte des Willkommen fand und auch zeitweilig den eigentlichen Verhandlungen beiwohnte. Ihm und der Stadtverwaltung sei an dieser Stelle nochmals gedankt.

Unsere Bewegung findet in wachsendem Maße Beachtung und Anerkennung im öffentlichen Leben. Das geht auch hervor aus dem Erscheinen zahlreicher Gäste. Wir nennen nur die Vertreter der katholischen und evangelischen Arbeitervereine, den Herrn Direktor Bauer von der höheren Lehrschule in Barmen, die Herren Gewerbeaufsichtsbeamten Wenzel aus Barmen und Dr. Menzel aus Elberfeld, den Herrn Professor Hingmann, Mitglied der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, die Vorsitzenden des katholischen und evangelischen Arbeiterinnenvereins von Elberfeld u. a.

Wie sehr unsere Bewegung an Ansehen und Einfluß gewonnen hat, zeigt sich namentlich in dem Verhalten der Presse zu unserer Tagung. Nicht bloß hatten mehrere Lokalblätter aus Elberfeld und Barmen eigene Vertreter zu unserer Tagung entsandt, auch die Presse aller Parteischattierungen draußen im Lande — die sozialdemokratische natürlich ausgenommen — hat ziemlich ausführlich und regelmäßig über den Verbandstag berichtet. Darunter schloßen selbst die führenden Parteiblätter nicht: Kölnische Volkszeitung, Kölnische Zeitung, Kreuzzeitung, Reichsbote u. a. Es ist ein Beweis für den großen Fortschritt unserer Bewegung, daß an einer Tagung unseres Verbandes die Presse, selbst die uns weniger freundlich gesinnt, nicht mehr achselzuckend vorübergehen kann. Unser Verband ist ein Faktor im öffentlichen Leben geworden.

Innerhalb der Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften nimmt unser Verband eine geachtete und hervorragende Stellung ein. Kollege Stegerwald versicherte, daß der Vorstand des Gesamtverbandes die Tagung unserer IV. Generalversammlung und die fernere Entwicklung unseres Verbandes mit besonderem Interesse verfolgte. Lange Jahre hat unser Verband bezüglich der Mitgliederzahl in der Gesamtbewegung an zweiter Stelle gestanden. Vor uns stand nur der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind uns die Metallarbeiter und Bauarbeiter vorzugeschritten. Aber Kollege Schäfer versicherte dem Generalsekretär Stegerwald unter lebhafter Zustimmung der ganzen Generalversammlung, daß wir in der Zukunft nicht erlahmen wollten, um unsere alte Stellung wieder zu erobern.

Vertreter zahlreicher christlicher Bruderverbände nahmen an unserer Generalversammlung teil. Kollege

Bogelsang vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, die Kollegen Wieber und Herzog vom christlichen Metallarbeiterverbande, Kollege Brauer vom christlichen Malerverbande, ferner waren anwesend Vertreter vom Elberfelder Eisenbahnerverband und endlich der Kollege Behrens. Kollege Prilawa war aus Wien herübergekommen, und die Internationale Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen hatte ihren Sekretär, Herrn Guising, (Emschede) geschickt.

All das zeigt, daß unser Verband eine geachtete Stellung innerhalb der Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften einnimmt. Das wird alle unsere Mitglieder veranlassen, in der Arbeit für den Verband nicht zu erlahmen, um die Stellung nicht bloß zu erhalten, sondern sie noch weiter zu kräftigen.

Ein Wort des Dankes muß an dieser Stelle unseren Kollegen aus Barmen und Elberfeld ausgesprochen werden, die sich so große Mühe darum gegeben haben, den Verbandstag zu einem glanzvollen zu gestalten und den Delegierten den Aufenthalt in den beiden Wuppertälern so angenehm als möglich zu machen. Die Mühe dieser Kollegen ist nicht umsonst gewesen. Unter den Delegierten herrschte über all die getroffenen Veranstaltungen nur eine Stimme der Anerkennung und des Lobes. Möge den Wuppertaler Kollegen der glückliche Verlauf der ganzen Veranstaltung und ferner das Bewußtsein Erfolg für die vielen Mühen sein, in selbstloser Weise einer großen Sache gedient, zahlreichen christlichen Textilarbeitern, die jahrein jahraus in der Einknigkeit des Fabriklebens zubringen müssen, große Freude und einen seltenen Genuß, und endlich den Genossen einen großen Vergnügen bereitet zu haben. Sie können sich versichert halten, daß die Tage von Elberfeld und die Wuppertaler Kollegen in der Erinnerung der Delegierten noch lange in gutem Gedenten bleiben werden. Das möge ihnen Dank genug sein.

Die sozialdemokratische Presse kann es sich auch diesmal nicht verkneifen, den guten Eindruck unserer Generalversammlung durch einige hässliche, zum Teil unwahre Notizen zu verwischen. Zunächst versuchte sie, unsere Resolution über die Fleischsteuerung in einen Gegensatz zu bringen zur Politik der Zentrumspartei. Das kann uns nun schließlich gleichgültig sein, denn wir fragen bei unseren Entschlüssen nicht erst bei irgend einer Partei um die Genehmigung an. Dann aber meint die rote Presse, die in der Resolution erhobenen Forderungen deckten sich ganz mit dem, was die Sozialdemokratie jetzt fordert. Ei, sieh mal an! Wenn das wahr ist, dann nehmen wir an, daß die Sozialdemokratie ihre Forderungen zum Teil von uns abgekauft hat, denn die in unserer Fleischsteuerungsresolution einzeln vorgeschlagenen Maßnahmen haben wir schon zum großen Teil bei der vorigjährigen Teuerungperiode in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ verlangt.

Unter dem Titel: „Nach dem Absturz“ leistet sich die sozialdemokratische Presse ferner eine Notiz über die Mitgliederentwicklung unseres Verbandes, bei der es ohne dreifachen Schwindel nicht abgeht. Zunächst wird in der Notiz verschwiegen, daß unser Verband in den letzten zwei Jahren um 7754 Mitglieder zugenommen hat. Verschwiegen wird auch, daß der Verband „deutscher“ Textilarbeiter in den Bezirken Rheinlands und Westfalens an Mitgliedern bedeutend verlor hat. Dann wird behauptet, daß unser Verband am 1. August d. J. nur mehr 39625 Mitglieder gehabt habe, es gehe also gewaltig bergab mit ihm. Diese Zahlen sind der Arbeitslosenstatistik des „Reichsarbeitsblattes“ entnommen. Aber die rote Presse verschweigt auch hier, daß diese Zahlen ganz unvollkommen sind. Schien doch in der Verichterstattung nicht weniger als 22 Ortsgruppen, die keine Verichterstattungen ein sandten.

Zum Schluß bringt die rote Presse einen Auszug aus dem Artikel der „Textilarbeiter-Zeitung“ über die Begrüßungsfeier zu unserer Generalversammlung. Es handelt sich um die Stelle, wo über die Vorführung der Jugendwehr des evangelischen Arbeitervereins berichtet wird. Diesen Teil des Berichtes bringt die rote Presse und fügt folgende Sätze an:

„Wir sehen, der christliche Textilarbeiterverband hat keine Ursache, lange nach Gründen zu suchen, warum es mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht vorwärts gehen will und auch mit ihm selbst nicht. Der seine Zeit mit solchen die Jugend vergeistigenden kirchlichen Vertreib, der hat allerdings keine Zeit, sich eingehend um die Interessen der Mitglieder zu kümmern.“

Die sozialdemokratische Presse führt ihre Leser mit diesen Sätzen wissentlich irre, indem sie es so darzustellen versucht, als handle es sich um eine Jugendwehr unseres Verbandes. Tatsächlich handelt es sich um die Jugendwehr des evangelischen Arbeitervereins, wie auch in dem Artikel unserer Zeitung, einige Sätze vor dem Auszuge, den die rote Presse bringt, ausdrücklich gesagt wird. In der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder steht unser Verband seiner sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation um nichts nach, wie aus den beiderseitigen Ergebnissen gut zu sehen ist.

Unsere Mitglieder werden sich durch solche schmierigen Raupfäden sozialdemokratischer Reider die Freude über das gute Gelingen des Verbandstages nicht trüben lassen.

Mit dem äußeren Verlauf der Generalversammlung und dem Eindruck, den sie in der Öffentlichkeit erzielt hat, können unsere Mitglieder also durchaus zufrieden sein. Aber nicht minder mit den Verhandlungen selbst. Das Referat des Kollegen Stegerwald über die allgemeine gewerkschaftliche Lage und unsere nächsten Aufgaben bot einen interessanten Einblick in die gewerkschaftlichen Zusammenhänge und eine Menge von Gedanken und Anregungen für unsere Delegierten. Mit einem außerordentlich reichhaltigen Material ist der Geschäftsbericht ausgestattet, aus dem unsere Mitglieder bei der praktischen Agitationsarbeit und bei Referaten und Versammlungen immer wieder schöpfen können. Wir werden im Laufe der kommenden Monate versuchen, die Zahlen der einzelnen Abteilungen des Geschäftsberichtes durch erläuternden Text lebendig und verständlicher zu machen. Eine Menge von praktischen Anregungen gab das Referat des Kollegen Heutmann über die Jugendagitation und nicht minder das des Kollegen Fischer über den Berufsarbeiterschutz. Das Referat von Dr. Wohlmannstedter bot einen interessanten Einblick in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und eine Grundlage für die Beurteilung der sozialpolitischen Kämpfe, die uns bevorstehen.

Mit seltener Einmütigkeit und Geschlossenheit sind alle wichtigeren Beschlüsse gefaßt worden. Einmütig und mit einem freudigen, allgemeinen Bravo wurde die große Herbst- und Winteragitation beschlossen; mit allen gegen eine Stimme ging die Einführung der Vorkaufzuschläge durch. Auch die einzelnen Aenderungen an den Unterstützungseinrichtungen fanden entweder einstimmige Annahme, oder doch eine übergroße Mehrheit. Das zeigt von einem gesunden gewerkschaftlichen Sinn, von Einsicht und Weitblick unserer Mitglieder. Das war der Wille, der überhaupt den ganzen Verbandstag beehrte: den Verband vorwärts zu bringen, ihn nach außen und innen zu stärken. Möge dieser Wille sich von Elberfeld aus auf alle unsere Mitglieder übertragen und allezeit in ihnen lebendig bleiben.

Besonders hervorzuheben wäre die Art, in der auf der Generalversammlung die Delegierten die Diskussion führten. Sie war sachlich, objektiv und im allgemeinen von einer tiefen und ernsten Auffassung der gewerkschaftlichen Arbeit getragen. Es waren meistens die Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis, die das Wort führten. Wenn wir einen Vergleich anstellen wollten zwischen unserer Generalversammlung 1906 in Frankfurt und 1912 in Elberfeld, dann müßten wir einen bedeutenden Fortschritt in der gewerkschaftlichen Schulung unserer Mitglieder konstatieren. Die Erziehungsarbeit, die wir in unserem Verbandsorgan, in Kursen, Konferenzen und Versammlungen, an den Mitgliedern geleistet haben, ist nicht ohne Erfolg gewesen. Unsere Generalversammlung stand im allgemeinen bedeutend höher als die des deutschen Verbandes. Wir dürfen in diesem ungleichen Ausfall wohl die Folge der Erziehungsarbeit sehen, die wir an unseren und die der deutsche Verband an seinen Mitgliedern geleistet hat.

So kann ein Rückblick auf den Verbandstag für unsere Mitglieder nur Gefühle der Befriedigung und Genugtuung auslösen. Die Elberfelder Generalversammlung hat ganz bedeutende Arbeit geleistet; darum wird sie wirklich ein Markstein in der Geschichte unseres Verbandes bilden.

Aufgabe der Delegierten ist es nun, in ihren Ortsgruppen Bericht zu erstatten, für die Durchführung der Beschlüsse mit Sorge zu tragen, Unklarheiten und Vorurteile zu beseitigen helfen und die noch zagenden und nörgetenden Mitglieder für die Beschlüsse empfänglich zu machen. Also in allen Ortsgruppen möge unverzüglich die Berichterstattung aufgenommen werden. Aber es muß mehr geschehen, die begeisterte Stimmung, die auf unserem Verbandstage herrschte, muß in die entlegendsten Verbandswinkel getragen werden. Wir rufen nochmals an alle Vorstände, Vertrauensmänner und alle Mitarbeiter die Aufforderung, im Sinne des Ausrufes, den die Delegierten der Generalversammlung, Bezirksleitung und Zentralvorstand in der vorliegenden Nummer dieser Zeitung erlassen, tätig zu sein. Kein arbeitsfähiger Kollege darf sich von dieser Arbeit ausschließen. Darum auf an die Arbeit! Die Stimmung in Mitgliederkreisen muß ein begeistertes und begeistertes Lied sein von der Arbeitsfreudigkeit, der Opferwilligkeit, der Einmütigkeit und Geschlossenheit der christlich organisierten Textilarbeitererschaft. Dieses Lied muß den Zweifelnden überzeugen, den Schwankenden mitreißen, den Launen erwärmen und den Segnern in die Ohren klingen als der Jubelruf einer vorwärtsdrängenden, siegesricheren Kämpferschar.

In einer der nächsten Nummern werden wir mit einer eingehenden Besprechung der gefaßten Beschlüsse beginnen.

Der gute Rat selbst finden kann,
Der gute Rat kann nehmen an,
Der beiden recht zu brauchen weiß,
Der eines Augen Mannes Preis.

Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz.

mg. Der äußere Verlauf des Parteitages überwältigte nicht gerade; im besonderen die Eröffnung mit den Begrüßungsreden bot nur einige alltägliche Dußendtschlagreden und enttäuschte selbst einen großen Teil der anwesenden Genossen, wie man hören konnte, wenn man sich unter ihnen bewegt hat. In ein und einer halben Stunde war die ganze Eröffnung, mit der die rote Presse am nächsten Tage so dick tat, vorbei: die feenhaft beleuchtete Sporthalle hatte ein Nichts bestrahlt.

Beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes entzündete die Göttinger Presseangelegenheit der radikalsten „Freien Volkszeitung“ eine endlose Debatte, die man schließlich auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege eines Antrages auf Schluß der Debatte „erledigte“, ohne die Entschließungsresolution anzunehmen, welche die „Süddeutschen“ ihren radikalsten Freunden zuliebe gerne durchgebrückt hätten. Sie wollten päpstlicher sein als der Paps, aber der Parteivorstand, der auch den Radikalen in und um Göttingen nicht zu hoch tun wollte, trotzdem sie ihm in der Zeitungssache „bis jetzt“ 82,000 M abgekämpft haben, verzichtete auf die Genugtuungsresolution der „Süddeutschen“ und auf eine solche der Radikalen, so daß beide Resolutionen zurückgezogen wurden.

Von Interesse war die

Veratung des neuen Organisationsstatuts,

das bekanntlich einen „Parteiausschuß“ von 32 Mitgliedern vorsieht und den Parteivorstand um 2 Weisiger vermehrt. Diese Sache schlug schon bedeutsam mit in den Richtungsstreit ein. Eine Verstärkung des Parteivorstandes festigt nämlich das norddeutsche radikale Element und der Parteiausschuß, dessen Mitglieder den einzelnen Landesteilen zu entnehmen sind, verstärkt den nationalistischen, also bezentralfierten Einschlag in der Partei und damit den Revisionismus. Die Radikalen hatten daher für ihren Sach vorgearbeitet und wollten dem Parlamentarismus, auf dem ja das Wesen des Revisionismus mit ruht, an den Klagen gehen. Indem die „Reorganisationskommission“, die bereits (mit Vebe) die halbe Woche vor der Chemnitzer Tagung verhandelte, beantragte, die Reichstagsfraktion in der Zukunft nur mehr zu einem Drittel auf den Parteitagen zuzulassen; mit der pugigen „Begründung“, daß sonst der Parteitag zu groß werde und man kaum mehr ein Vokal dafür ausreden könne. Mit diesen saden-scheinigen Gründen fielen aber die Radikalen vom Parteivorstand herein, denn alles, was in der Sozialdemokratie reichstags- oder sonst „deputatig“ ist, wehrte sich dagegen. Man wies auf die eigenartige Form von Demokratie hin, die die „Genossen“ in solche erster und zweiter Klasse scheiden wolle. Und mit Erfolg! Die „Drittelung“ wurde abgelehnt; die „Revisionisten“ haben jetzt ihren Parteiausschuß und können, nach wie vor, an den Parteitagen in voller Zahl teilnehmen. Auch die Radikalen haben ihre zwei Weisiger in dem Parteivorstand erhalten. Uebervor, der „mehr“ haben wollte, raffelte durch. Trotzdem wäre es verkehrt, in diesem „Parteiausschuß“ eine besondere Waffe für den Revisionismus zu erblicken, weil ja der Ausschuß über die prinzipiellen Fragen, die die Partei bewegen, „selbstverständlich“ nicht zu befinden habe, wie unter ausdrücklichem Hinweis auf die Budgetfrage von dem Berichterstatter der Reorganisationskommission erklärt wurde.

Für uns als christliche Gewerkschaftler sind aus der recht langlich geratenen Debatte zum Geschäftsbericht insbesondere zwei Punkte bemerkenswert: 1. Der Parteitag empfahl

eine verschärfte Beachtung der christlichen Arbeiterbewegung,

wozu Redakteur Lauffenberg-Hamburg die „Begründung“ lieferte, die allerdings nur bewies, wie sich in den Köpfen die Welt der christlichen Arbeiterbewegung spiegelt. Lauffenberg hielt dabei eine Vorlesung über die Entwicklung des dogmatischen Lehrgebäudes des Zentrums: „Die christlichen Gewerkschaften sind entstanden zu einer Zeit, wo die dogmatische Entwicklung in ihrer praktischen Konsequenz noch nicht abgeschlossen war. Jetzt ist sie abgeschlossen und zwar ganz in kapitalistischem Sinne, namentlich durch die Stellungnahme des Paps Pius X. Die christlich-katholischen Organisationen sind für alle Zeit darauf festgelegt worden, so daß sie in allen Krisen und entscheidenden politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen die entschiedensten Gegner der sozialdemokratischen Organisationen sein werden. Deshalb ist es notwendig, daß der Parteivorstand baldigst durch geeignete Schriften Aufklärung über die dogmatische Entwicklung des Zentrums verbreitet.“ (Beifall).

In diesen Rahmen paßt trefflich ein Straßendäungespräch zweier Delegierter höherer Garnitur, das die soziale Tätigkeit im deutschen Katholizismus und die Arbeit des Volksvereins voll und gerecht würdigte.

Wenn übrigens der Parteivorstand „Aufklärung“ über die christlichen Gewerkschaften unter den Genossen verbreitet, so kann uns das nur recht sein. Es besteht dann die Hoffnung, daß die rohe Bekämpfung der christlichen Arbeiterbewegung wie sie bisher an der Tagesordnung ist, aufhöret. Nachdem man aber im roten Lager auch eine intensivere Bekämpfung der christlichen Arbeiterbewegung anstrebt, können wir auf diese „dogmatische Aufklärung“ recht gespannt sein. Sie wird wohl, auf gut Deutsch, „Verbeugung“ genannt werden müssen. Die Quertreiber im katholischen Lager mögen aus der Rede Lauffenbergs ersehen, wem sie eigentlich bisher einen Dienst erwiesen haben. Ob in jenen Kreisen die Ernüchterung folgen wird, ehe es zu spät ist? . . .

Recht ausführlich besaßte sich der Parteitag mit der Jugendorganisation,

wozu zwei Anträge angenommen wurden. Es wurde in der Diskussion allgemein anerkannt, daß die rote Jugendzentrale viel geleistet habe, aber ebenso sehr darauf hingewiesen, daß leider noch in mehreren hundert Städten von einer freien Jugendorganisation nichts zu sehen sei. Diese Tatsache, die in ein mächtiges Geschimpfe auf die Regierung, die staatliche und die konfessionelle Jugendbewegung und auf die Leute um die „Föhnische Volkszeitung“ und den „Reichsboten“ eingewickelt war, muß uns ein Ansporn sein, in den beiden Trägern der christlichen Arbeiterbewegung, den konfessionellen Vereinen sowohl wie den christlichen Gewerkschaften, eifrigst für die Ausbreitung der Jugendbewegung zu arbeiten. Denn aus ihr müssen wir in der Gesamtbewegung die Wurzeln unserer Kraft für die Zukunft schöpfen.

Im weiteren Verlauf der Geschäftsberichtsdebatte wurde erhöhte Beachtung für das allgemeine Bildungswesen sowohl, wie für das Jugendbildungswesen im besonderen, gefordert. Auch der Schnapsbott kam zur Sprache, wobei Frau Siez mit dem Führer des Arbeiterabteilungsbundes, dem Vorwärtsredakteur Dr. Davidsohn, heftig zusammenstieß und ihm „Quertreiber“ vorwarf, als er die Schnapssteuer in den roten Zeitungen tadelte.

Ein Thema, das mit gewerkschaftlich-parlamentarischen Forderungen enge zusammenhängt, hat

der bekannte Christentöter,

Genosse Hue, mit seinem Referat über vermehrten Vergarbeiter-schutz berührt, wozu eine lange Resolution angenommen wurde, die allerdings dem Umfang der hiesigen Rede entsprach. In dieser Resolution wird verlangt: 1. eine Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden; 2. Ausschluß von Arbeitern unter 18 Jahren von unterirdischer Tätigkeit; 3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Vergarbeiterberuf gerecht wird; 4. Anstellung von Grubenkontrollleuten; 5. Vereinfachung einer genügenden Anzahl von Rettungsapparaten; 6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten.

Die Resolution klingt ja sehr überzeugend; aber die Rede ihres Begründers Otto Hue wäre auf den objektiven Beobachter sicher wirksamer gewesen, wenn Hue sich der Übertreibungen und des zeitweiligen Geschimpfes auf den „Zentrumsverein“ enthalten hätte. Dabei ist interessant, daß, als Hue mit Schmitzen-pathos von dem „verbrecherischen Streitbruch der Christen“ sprach, nur in der hintersten Ecke des Saales ein einziges schwächeres Kellame-„Pfui!“ ertönte. Trotz der ottonischen Verfleuerung, daß er jeden „einen frechen Vagner“ nenne, der behaupte, daß dieser rote Streif aus politischen Gründen angefangen wurde, hat die Genossenschaft an diesem „Erfolg“ anscheinend so satt, daß keiner mehr ein Wort über die Sache sprechen, vielleicht auch keines mehr hören wollte.

Wie sich doch die Zeiten rasch ändern! Was haben die Genossen damals nicht für einen Krach in der Presse gemacht! Und jetzt empfindet man die Diskussion über diesen verpöchtelten aller deutschen Streiks so unangenehm, wie die Frage nach dem Strich im Hause des Gehängten. Noch nie war aber auch die deutsche Sozialdemokratie so klein erschienen, als nach dem verunglückten Ruhrbergarbeiterstreik, dem man mit tausend Hoffnungen entgegen sah und der dann so kläglich zusammenbrach. Darum ist man auf dem Gebiet auch so bescheiden geworden; eine Tugend, die sonst nicht zum Rüstzeug der Partei- und Gewerkschafts-genossen gehört . . .

Ein Charakteristikum für die „praktische Arbeit“ der Sozialdemokratie, und ihr Verständnis dafür, bildet die privat ausgesprochene Meinung eines radikalsten, führenden Genossen (Redakteur), daß man statt der Behandlung der Vergarbeiterfragen lieber noch weiter über die „Dampfungsaktion“ in zweifelhafte Wahlkreise bei den Stichwahlen hätte debattieren sollen. Wie denn überhaupt bei der Besprechung der wichtigen Frage vermehrten Vergarbeiter-schutzes eine recht beklagenswerte Unruhe im Saale herrschte, so zwar, daß vom Vorstandstisch aus wiederholt „dringend um Ruhe“ gebeten werden mußte.

Ein Schmerzenskind der Sozialdemokratie, an dem auch die Gewerkschaftler lebhaft interessiert sind,

die Maisfeier,

hat auch heuer wieder zu lebhaften Debatten Veranlassung gegeben, die schließlich zu einem regelrechten politischen Reichstag ausarten. Von einer Anzahl von sozialdemokratischen Vereinen wurde ein Antrag gestellt, den Nürnberger Parteitagsbeschluß (Ausführung eines Tagesverdienstes von am 1. Mai arbeitenden Genossen, sowie von den Angestellten der Partei und denen der Gewerkschaften) aufzuheben. Die namentliche Abstimmung, der eine stürmische Debatte vorangegangen war und eine noch stürmischere folgte, ergab eine Stimmenzahl von 271 für und 221 gegen die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses, bei 2 Stimmenthaltungen. Alle weiteren Anträge, etwas Ähnliches, aber konkreteres, wie den Nürnberger Beschluß wieder herzustellen, scheiterten an der Erregung des Parteitages. Schließlich kam man auf die erlösende Formel, alle diesbezüglichen Anträge bis auf den nächsten Parteitag zurückzustellen, da die nächste Maisfeier ohnehin auf einen Feiertag trifft. Man feiert also zunächst ohne zu bezahlen! Und ein Delegierter meinte sogar, mit der Aufhebung des Nürnberger Beschlusses sei „die ganze Maisfeier kaput“. Tatsächlich ist die Frage heute, nach dem Chemnitzer Beschluß, noch mehr verwirrt als bisher, und mehrere Delegierte gaben, wohl nicht mit Unrecht, der Befürchtung Ausdruck, daß sie von ihren heimatlichen Genossen für die Umwertung des Nürnberger Beschlusses ihre ordentliche Senge kriegen werden.

Der heurige Beschluß und die Debatte darum befestigten übrigens nur eine seit Jahren bekannte Tatsache: die Revisionisten, besonders die gewerkschaftlichen, haben schon längst ein Haar in der Maisfeier gefunden, während die Radikalen um keinen Preis von der „wichtigen Demonstration“ lassen wollen, die in der Praxis schon lange eitel Pappdeckel ist. Der Delegierte hatte sicher recht, der in bezug auf den Nürnberger Maisfeierbeschuß meinte, daß man nicht bloß Beschlüsse fassen soll, die schon aussehen, sondern die man dann auch durchführen kann. Worauf ein ausländischer Journalist sein Gegenüber geradezu beschwor, doch nicht beizutragen, den Nürnberger Maisfeierbeschuß aufzuheben, da die Wirkung auf das Ausland eine ungeheuer deprimierende sein müsse, und die „reaktionären Parteien“ im Inland solches zum weiblich ausbeuten würden.

So sieht man also, daß die große deutsche Sozialdemokratie an dem wesentlichen Schemen der Maisfeier nur festhalten will, um — dem Ausland ein gutes Vorbild zu geben und im Inland mit dem vorbeigelungenen „Weltfest der Arbeit“ nicht noch mehr ausgelacht zu werden, als es bisher schon der Fall ist . . .

Vor dem Krakeel um die Maisfeier stand man

im Banne des „Imperialismus“,

des Zentralbüfels aller Uebel, gegen das Haase vom Parteivorstand loslegte und eine Resolution von etwa 15 Dugend Quadratcentimetern zur Annahme vorschlug, um ihn gründlich beizukommen. Bei dieser Frage platzten die „Richtungen“ in der Sozialdemokratie ziemlich aufeinander. Einer radikalsten Rede Leutschs, der z. B. die Abrüstungsvorschläge als eine ganz reaktionäre Gegen Tendenz gegen den Imperialismus bezeichnete, folgte eine gemäßigtere von Bernstein, der sich in seinem Vobesahmmnis auf die revisionistische Fortentwicklung der Gesellschaft zu dem Ausspruch verstieg: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen bringen will die Sozialdemokratie . . .

Wozu es ganz den Anschein hat, wenn man die großen Sprüche und den Massenult des überradikalen Genossen Panne Loel damit vergleicht, der nach Bernstein sprach. Oder die grimmige Rede eines Magdeburger Delegierten in Anknüpfung an den gewiß recht bedauerlichen Fall des Todes eines Arbeiters durch die Schuß-waffe eines Arbeitswilligen in Burg b. M.

Im Ganzen genommen bedeutet der heurige Parteitag

eine Tagung der Unklarheit;

und ein Gemisch von Taktik und Verschleierung, um es mit den bürgerlichen Antipartien nicht zu verderben: Hier einen kleinen Erfolg der Radikalen, dort einen der Revisionisten, hier wieder einen des Parlamentarismus, dort einer der strammsten Negation. Nirgendwo eine Klärung, eine offene einheitliche Anwendung sozialdemokratischer Grundsätze. Man sucht sich auch fernerhin durchzuwinden: „Bald so, bald so, wie's trifft.“ Lediglich in diesem relativen Sinne ist praktisch das Wort Eberts vom Parteivorstand in der Debatte über den Geschäftsbericht aufzufassen. In grundsätzlicher Beziehung haben wir uns stets an das Erfurter Programm gehalten, in praktischen Fragen haben wir den Landesvorständen und -Organisationen Spielraum gelassen. So bleibt es auch in Zukunft.

Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, wie der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung bleibt es, solcher heuchlerischen Agitation die Maske vom Gesichte zu reißen und sie als das brandmarken, was sie ist: Eine Irreführung der breitesten Massen des Volkes zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung und ihres Ansehens im öffentlichen Leben.

Allgemeine Rundschau.

Ein „Verband deutscher Krankenkassen“ ist am 29. September d. J. in Köln unter wesentlicher Mitwirkung von führenden Leuten aus unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung gegründet worden.

Die Neugründung war infolge der Entwicklung im Hauptverband deutscher Krankenkassen notwendig geworden. Dieser Hauptverband mit 411 Kassen und ca. fünf Millionen Mitgliedern hat nicht bloß seine Leitung in die Hände von Sozialdemokraten gleiten lassen, er schwimmt auch ganz in sozialdemokratischem Fahrwasser. Obwohl man auf Kongressen und anderen öffentlichen Tagungen bürgerliche Redner sprechen und ihnen scheinbar einen Einfluß ausüben läßt, vermochte der Verband seine rote Färbung nicht zu verwischen. Leider haben sich zahlreiche Kassen von der geschilderten Leitung des Hauptverbandes Sand in die Augen streuen lassen, trotzdem der sozialdemokratische Pferdebuß stark hervorschien. Mit seinen Kongressen gab der Verband meistens der sozialdemokratischen Partei eine Rückenstärkung für deren radikalsten, undurchführbaren Forderungen. So kam es, daß der Hauptverband trotz seiner ziffernmäßigen Stärke auf dem Gang der sozialen Gesetzgebung nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß ausübte. Das ist namentlich von seinem Verhalten zur Reichsversicherungsordnung zu sagen. Darum war die Gründung eines Krankenkassenverbandes auf nationaler Grundlage zu einer unabwendbaren Notwendigkeit geworden.

Nach reiflicher Ueberlegung und guter Vorarbeit konnte am 29. September auf einer Delegiertenversammlung in Köln zur Neugründung, zur Bildung des „Verbandes deutscher Krankenkassen“ geschritten werden. Die zahlreich besuchte Konferenz, die unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Kollegen Behrens stattfand, verlief in voller Einmütigkeit. Vertreter aller bürgerlichen Parteien bekundeten ihre Sympathie mit der Neugründung.

Ueber die Frage: „Ist die Gründung eines nationalen Verbandes der Krankenkassen Deutschlands eine Notwendigkeit?“ referierte Kollege Waltrusch vom Gesamtverband.

Die Anregung zur Gründung eines solchen Verbandes sei, so führte Kollege Waltrusch aus, aus den Reihen der Mitglieder und Beamten der christlichen Arbeiterschaft Deutschlands erfolgt, die auf nationalem Boden steht; ebenfalls aus den Reihen der nationalen Vorstandsmitglieder, Mandanten und Vertreter deutscher Ortskrankenkassen, die der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Hauptverband der Ortskrankenkassen überdrüssig sind. Ein Bedenken war anfänglich zu überwinden, ob nicht vielleicht durch eine besondere, sich von den Sozialdemokraten scheidende Verbandsgründung den Interessen der Ärzte und Apotheker wegen der vorerst immerhin eintretenden Schwächung in der Bilanz der organisierten Krankenkassen, zu sehr gedient und dadurch den Versicherern Abbruch getan würde. Diese Bedenken sind jedoch geschwunden, seitdem man erkannt hat, daß der Einfluß des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen bei der Regierung und gesetzgebenden Körperschaften äußerst gering ist. Der neu zu gründende Zentralverband rechnet auf die Mitwirkung der schon bestehenden Verbände und hofft auf den Beitritt schon bestehender Landesverbände und solcher Einzelklassen aus dem Hauptverband, soweit ihre Leitung nicht in sozialdemokratischen Händen liegt. Redner bejahte die Frage, ob auf Grund der §§ 414 und 407 der neuen Reichsversicherungsordnung die Gründung eines nationalen Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen zulässig ist, der der Genehmigung der Regierung bedarf, die nach vorher eingeholter Auskunft am maßgebender Stelle erteilt wird. Kassennittel dürfen für den neuen Verband nur verwendet werden, wenn sowohl die Vertreter der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Vorstand für den Anschluß ihrer Kasse gestimmt haben. Als Ziele und Bestrebungen des nationalen Krankenkassenverbandes bezeichnete Redner u. a. folgendes: Wahrung der Interessen der Krankenkassen bei den Behörden, Regierungen und Parlamenten. Dazu ist notwendige Voraussetzung: Einfluß bei den auf nationalem Boden stehenden Parteien. Der neue Verband müsse sich bemühen, auf nationaler Grundlage aufzubauen, ferner sich auf alle bürgerlichen Parteien stützen, sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter umfassen. Deshalb muß ein Verband gegründet werden, der den berechtigten Wünschen der Krankenkassen Geltung verschaffen kann und frei von sozialdemokratischer Leitung und Aufsichtung ist. Zur Aufbringung der Mittel empfahl Redner zunächst als Verbandsbeitrag pro Jahr und Mitglied einen Pfennig festzusetzen, und das Kassens unter 1000 Mitgliedern mindestens zehn Mark zahlen müssen. Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen seien zur finanziellen Unterstützung des neuen Verbandes bereit, der auf die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien und Presse rechnet.

Nach einer Reihe von Sympathieumgebungen wurde die Gründung des Verbandes einstimmig beschlossen, dem sofort 41 Krankenkassen mit nahezu ein Viertel Million Mitglieder beitraten. Bis zur endgültigen Satzungsfassung nimmt die Gründung vorläufig den Namen Verband deutscher Krankenkassen an; in § 1 der Satzungen wird festgelegt, daß der Verband auf nationalem Boden steht und sämtliche Kassen umfassen kann, die nicht unter sozialdemokratischer Leitung stehen. Der Vorstand des Kongresses wurde auf 16 Mitglieder als vorläufiger Arbeitsausschuß unter Leitung des Abg. Kollegen Lehrens und vorläufiger weiterer Geschäftsführung des Kollegen Waltrusch-Kohn verstärkt; in denselben sind Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Mandanten und Kassensbeantworter gewählt. Der Arbeitsausschuß soll den Satzungsentwurf, der einen Pfennig Beitrag pro Jahr und Mitglied vorsieht, durchberaten und der nächsten Generalversammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorlegen. Mit der Wahl der Kassen und der diesen angelassenen Mitglieder, die dem neuen Verbande sofort beigetreten sind, die weitgehendsten Erwartungen übertrifft worden. Das kann nur eine gute Vorbedeutung für die Entwicklung des Verbandes sein. Mögen nun aber auch unsere

Kollegen allenthalben, wo sich ihnen dazu nur die Möglichkeit bietet, auf den Anschluß weiterer Krankenkassen an den Verband wirken.

Vom schlesischen Weberelend. Das Elend der schlesischen Textilarbeiter ist sprichwörtlich geworden. Man hat sich gewiß im Laufe der Jahre auch dort manches gebessert, aber dennoch sind die Verhältnisse im allgemeinen überaus traurig. Einen Beleg dafür bringt unser Bezirksbeamter in Schlesien, Kollege Jungnickel, in seinem Bericht an die Generalversammlung. Er schreibt: „Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß auf Anregung des Kartells in Neustadt O.-S. seitens der Stadt ein Fischverkauf eingerichtet wurde. Infolgedessen konnten die Fische zum starken halben Ladenpreise abgegeben werden. Der Verkauf fand freitags statt. Dabei stellte sich heraus, daß trotz des billigen Preises der Fische eine solche Maßzeit zu Ende der Woche für eine Arbeiterfamilie zu kostspielig ist. Nach einigen Wochen waren zum größten Teile nur noch Angehörige des Mittelstandes Abnehmer, weshalb der Bezug der Fische wieder aufgegeben wurde.“

Zu Ende der Woche langt für die Neustädter das Geld nicht mehr, um billige Fische zu kaufen. Wie unsagbar traurig sind solche Verhältnisse. Und solche Elendszustände meinen die „Berliner“ mit ihrem System des Bettelns und Bittens bemeistern zu können!

Den sozialdemokratischen Freihändlern ins Stammbuch. In der „Konjunktur“ (Nr. 52) nimmt der Lehrer an der sozialdemokratischen Gewerkschaftsschule, Richard Calver, das Wort zur Beantwortung der Frage, ob die Arbeiterschaft ein Interesse am Schutzoll habe. Calver schreibt:

„Billige Lebensmittelpreise auf alle Fälle — ist eine sehr schöne Parole für die Konsumenten, aber die Folge einer Politik, die nur auf die Verbilligung der Lebensmittelpreise hinarbeiten wollte, wäre nicht nur der Ruin der deutschen Landwirtschaft, sondern auch eine Verelendung der Arbeitermassen. Der wirtschaftliche Schutzzollpolitik aufs engste verknüpft. Hätte Deutschland in seiner kaufkräftigen Landwirtschaft nicht einen guten Abnehmer auf dem Markt seiner industriellen Erzeugnisse, dann wäre die Position Deutschlands auf dem Weltmarkt nicht entfernt so kräftig als sie heute ist. Wenn der deutschen Landwirtschaft infolge staatlicher Unterstützung in Form von Schutzöllen große Summen zullefen, so möge man doch nicht vergessen, daß diese Summen größtenteils wieder zur Erhöhung und Befruchtung der Arbeitsgelegenheit im Gewerbe hingegeben werden.“

Daß aber die deutsche Landwirtschaft im Wettbewerb gegen die überseeischen Agrarstaaten geschützt werden mußte, lag nicht nur im einseitigen Interesse der Landwirtschaft, sondern im Gesamtinteresse des deutschen Volkes. Oder sollten wir die Landwirtschaft, d. h. den Bauerstand, zugrunde gehen lassen? Dann hätte die gewerbliche Arbeiterbevölkerung sehen können, ob sie die Kraft zu den Organisationen gefunden hätte, die sie sich heute auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete geschaffen hat. Vom Auslandsmarkt allein kann die Arbeitsgelegenheit nicht kommen, die unserer wachsenden Bevölkerung nötig ist. Wir hätten Menschen über Menschen exportieren müssen, und trotzdem hätte der Arbeitsmarkt unter dem Druck dauernden Ueberangebots gestanden. Das sind nun alles Gedankengänge, die der heutigen Sozialdemokratie noch recht fern liegen. Vereinzelt dämmert wohl mal die

Erkenntnis, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft eine wichtige Voraussetzung für unsere Stellung auf dem Weltmarkt ist, aber der kurzfristige Konsumentenstandpunkt bleibt doch immer noch vorherrschend. Wenn es der Sozialdemokratie einmal gelingen sollte, die Probe auf die Richtigkeit ihrer liberalen handelspolitischen Anschauungen zu machen, so würde die deutsche Arbeiterschaft sehr schnell gewahr werden, daß diese Politik zu einer Vernichtung aller ihrer wirtschaftlichen und organisatorischen Erfolge führt. Die natürliche Ueberlegenheit der überseeischen Agrarstaaten erfordert für die deutsche Landwirtschaft einen staatlichen Schutz solange, bis die natürliche Ueberlegenheit wegfällt. Versagt man diesen Schutz, so müßte die deutsche Landwirtschaft in eine Notlage geraten und zurückgehen. Die Zeche einer solchen Entwicklung hätte zuletzt aber auch die Industriearbeiterschaft mit zu bezahlen.“

Ein Sozialdemokrat über die Sozialdemokratie.

Hört man die Genossen, so ist die Sozialdemokratie die einzig wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen. In den letzten Tagen noch schrieb die „Leipz. Volksz.“ großspurig, in Deutschland hätten wir nicht nur die Arbeiterversicherung, sondern die Sozialgesetzgebung überhaupt nur der Sozialdemokratie zu verdanken. Die Unwahrheit dieser Behauptung ergibt sich nun recht drastisch aus dem Urteil, das unlängst der Führer der badischen Sozialdemokratie, Genosse Kolb, in den „Sozialistischen Monatsheften“ über seine eigene Partei abgegeben hat. Kolb schrieb u. a. über den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag:

„Im einzelnen machen sich die hundertsechzig sozialdemokratischen Mandate (im Reichstag) wohl bemerkbar, ihr Einfluß auf die politische Gesamtheit dagegen ist äußerst gering, sofern man davon einen Einfluß überhaupt reden kann. Ihre politische Macht ist in der Hauptsache negativ abwendend, positiv kann sie so lange sich nicht in entsprechender Weise durchsetzen, als die Sozialdemokratie an ihrer grundsätzlichen Regierung des heutigen Staates festhält.“

Die Sozialdemokratie, meint Kolb weiter, reduziere all die schwerwiegenden, zum Teil sehr komplizierten politischen und wirtschaftlichen Probleme in unferer praktischen Politik auf ein Agitationswort und löse sie durch Resolutionsen, auf die sie sich „prinzipiell“ festlege. Dann heißt es wörtlich:

„Wer sich unterfängt, diesen Problemen tiefer auf den Grund zu gehen und durch seine Studien mit den Paradoxismen in Widerspruch kommt, muß sich entweder aus der aktiven Politik zurückziehen, oder er läuft gar Gefahr, daß ihm der Stuhl vor die Tür der Partei gesetzt wird. (Vgl. Fall Hilbrand, d. R.) Mit dieser ebenso einfachen wie bequemen Methode Politik zu treiben, haben wir es aber nur so weit gebracht, daß die Sozialdemokratie... politisch sich auf einem toten Geleise bewegt und in fast allen großen Fragen der allgemeinen und Wirtschaftspolitik keinen festen Boden mehr unter den Füßen hat.“

Das ist eine recht treffende Charakterisierung dieser großen — und trotzdem zu positiver Arbeit so unfähigen Partei. Ein Koloss auf tönernen Füßen.

Was können die Konsumvereine in der Fleischteuerung tun? Diese Frage beantwortet Direktor Schlaack vom Verbande weißdeutscher Konsumvereine in der Nr. 17 vom 15. Sept. der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“:

„Man mag die Zeitungen aller Richtungen lesen und überall der eine Gedanken: Neben diesen und jenen Umständen ist am meisten der Zwischenhandel schuld an der immer teurer werdenden Lebenshaltung. Es mag hier

Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie.

(Zu unserer Verbandsgeneralversammlung in Oberfeld.)
Von Heinrich Fahrenbruch, Bezirksleiter.
(Schluß.)

Als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gegen Ende der sechziger und besonders zu Anfang der siebziger Jahre wieder günstig gestalteten, wurden auch die Bestrebungen der Arbeiter zwecks Aufbesserung der vorher so tief gedrückten Löhne lebhafter. Die in Lohn arbeitenden Riemenwebereien schlossen sich 1871 zu einem Verbandsverein zusammen und vereinbarten mit dem Verein der Fabrikanten von Barmen, Kordeh und Bogen Lohndinge für eine Anzahl Artikel. Da aber nicht alle hausgewerblichen Meister dem Verbands beitraten und bei weniger guten Geschäftsgängen zu niedrigeren als den festgelegten Löhnen Arbeit ausgeführt wurde, wurden die früheren Vereinbarungen gegenstandslos und der Verband ging ein. 1890 erfolgte eine neue Gründung: der Wuppertaler Riemenwebereiverein, auch wurde wieder eine Minimallohnlifte vereinbart; doch mußte sich der Verband 1897 wieder auflösen, weil durch das Unterlohnarbeiten verschiedener größerer Meister die Sozialliste nicht zu halten war. Diese größeren Riemenwebereien besaßen schon in den sechziger und siebziger Jahren zum Teil 20 bis 30 Riemenwebereien, auf denen Gesellen und Lehrlinge beschäftigt wurden.

Die Interessengegenstände zwischen Meistern und Gesellen führten schon 1873 und späterhin noch öfter zu Arbeits-einstellungen seitens der Gesellen. Im Wuppertale wurden in den sechziger und achtziger Jahren und teils auch später noch fast nur wilde Streiks geführt, die spontan ausbrachen; dann dachten die Arbeiter meist erst an einen Zusammenschluß in einer gewerkschaftlichen Organisation. Nach beendeten Streik schlief auch der Organisationsgedanke halb wieder ein. Die Fachgenossen innerhalb des Saaleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

erlangten keinerlei Bedeutung. Die verschiedenen später gegründeten Fachvereine, denen sich auch christlich gefinnte Textilarbeiter anschlossen, kamen immer mehr ins sozialdemokratische Fahrwasser, die politische Sozialdemokratie suchte eben alle Arbeiterorganisationen für ihre Zwecke auszunutzen. Im Jahre 1893 gingen die fährrenden Genossen schon so weit, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ineinander zu verschmelzen durch Gründung der Allgemeinen Arbeitervereine in Oberfeld und Barmen. Die Arbeiter aller Berufsgruppen sollten in diesen Vereinen gesammelt werden, um sowohl die gewerkschaftlichen wie die politischen Interessen durch dieselben wirksamer vertreten zu können. Hier war die Sozialdemokratie eben schon so stark, daß man glaubte, auf das neutrale Mäntelchen, welches man den Gewerkschaften sonst gerne umhängt, jetzt schon verzichten zu können. Allerdings erwies sich diese Organisationsform damals als noch nicht durchführbar, als verträglich; aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde wieder die Umwandlung in die verschiedenen Fachverbände vollzogen, doch wurden diese im alten, sozialdemokratischem Geiste geleitet. Ob man aber später nicht doch noch zu der geschichteten Art der Organisationen im sozialdemokratischen Lager kommen wird und kommen muß? — Wer wills befragen!

Die christlich gefinnten Textilarbeiter konnten, wenn sie ihre Ueberzeugung nicht preisgeben wollten, dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbände nicht angehören. Sie mußten zur Gründung unabhängiger Gewerkschaftsgruppen schreiten. Allerdings kein leichtes Beginnen bei der gewaltigen Uebermacht der Sozialdemokratie im Tale, dessen waren sich die ersten Anhänger bewußt. So wurde am 7. April 1900 die Ortsgruppe Barmen mit 21 Mitgliedern gegründet. Die christlich gefinnten Arbeiter Oberfelds gründeten am 14. September desselben Jahres den christlich-sozialen Verein Arbeiterschub, der ebenfalls gewerkschaftliche Ziele verfolgte. Doch konnte diese allgemeine Vereinigung von Arbeitern aller Berufe den gestellten Aufgaben nicht in richtiger Weise nachkommen und so traten am 1. April 1903 27 Mitglieder des Vereins zum christlichen Textilarbeiterverbande über und bildeten so die Oberfelder Ortsgruppe. Trotz der unangelegenen scharfen Bekämpfung durch die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie

und trotz der sonstigen schwierigen Verhältnisse im Wuppertale konnte der Verband bis heute in den beiden Wuppertälern 1200 Mitglieder gewinnen.

Der sozialdemokratische Verband zählt hier seine stärkste Filiale, doch läßt sich die Mitgliederzahl für die beiden Wuppertäler nicht genau angeben, weil in den Jahresstatistiken auch die Mitglieder in verschiedenen umliegenden Orten der Filiale Oberfeld-Barmen beigezählt sind.

Leider ist der größte Prozentsatz der Textilarbeiter noch unorganisiert, besonders sind die zahlreich beschäftigten Arbeiterinnen ungemein schwer für den Organisationsgedanken zu gewinnen.

Die schon seit vielen Jahren kräftig organisierten Arbeitgeber der Wuppertaler Textilindustrie sind nur schwer von der Verlehrtheit ihres Herr-im-Hause-Standpunktes zu überzeugen. Manche und harte Kämpfe haben ausgefochten werden müssen, um die Arbeitsverhältnisse günstiger zu gestalten. Im Laufe der letzten Jahre konnten aber mehrfach Tarifverträge abgeschlossen werden, die auch nach Ansicht vieler Arbeitgeber zum Segen für das Gewerbe geworden sind.

In besonderen Verbänden sind die hausgewerblichen Bandwirkermeister organisiert. 1892 wurde der Bergische Bandwirkermeisterverband gegründet, dem die Hausmeister der Seidenbandindustrie im Bergischen und am Niederrhein angehören. Damals kamen einsichtige Fabrikanten und Meister zu der Ueberzeugung, daß nur durch Aufstellung und Durchführung von Minimallohnlisten, welche für möglichst sämtliche Hausmeister und Fabrikanten Geltung haben, der auf Grund ständiger Lohnbrückerei möglichen Schutzkonkurrenz Einhalt getan werden müsse, wenn nicht das ganze Gewerbe schwer geschädigt werden solle. Es wurden denn auch nach längeren Verhandlungen zwischen den Vertretern des Bergischen Bandwirkermeisterverbandes und des Vereins der Herren- und Damenhutbandfabrikanten zunächst für die einfachen Artikel Minimallohnlisten festgesetzt, die später immer mehr ausgebaut wurden. Heute bestimmt ein Gegenseitigkeitsvertrag, daß nur organisierte Meister von organisierten Fabrikanten beschäftigt werden dürfen und die Meister dürfen nur für organisierte Firmen Lohnlistenartikeln arbeiten. 1911 zählte der Verband 2916 Mitglieder in 12 Zahlstellen mit zusammen 4742 Bandführer.

und da übertrieben werden, aber wir kommen an der Zatsache nicht vorbei, daß der Weg zwischen Produzent und Konsument verkürzt werden muß. Durch je mehr Hände das Produkt geht, umso mehr steigt der Preis für den Verbraucher. Besonders bei den Lebensmitteln ist der Zwischenhandel gewöhnlich notwendig und bildet geradezu ein Hindernis für die Verbilligung des Produktes. Beim Viehhandel dürfte die Ausschaltung des Zwischenhändler überaus schwierig sein. Denn das Aufsuchen und Auslaufen der Viehzüchter resp. des Viehes, dann das Anliefern zu den Märkten, fordert geradezu den Zwischenhandel. Und ob eine Organisation so vollkommen sein könnte, unter Umgehung des Marktes Produzent und Konsument näher zu bringen, und dadurch das Fleisch billiger in die Hände der letzteren zu bringen, ist ein ungelöstes Problem. Und doch auch hier müste ein Weg gesucht und auf die Dauer möglich sein. Weshalb sollen nicht analog der Eierverkaufs- und Wollereigenenschaften auch Mastviehgenossenschaften möglich sein, deren Mitglieder sich verpflichten, ihr sämtliches schlachtreifes Vieh nur ihrer Genossenschaft zum Verkauf zu übergeben. Der Verkauf dürfte dann nur direkt an Fleischer oder Konsumgenossenschaften erfolgen. Die idealste Verbindung würde ja sein, Mastviehgenossenschaften mit Konsumgenossenschaften in engen Zusammenhang zu bringen. Hierzu ist natürlich notwendig, daß der Schlächtereibetrieb bei den Konsumgenossenschaften noch mehr Verbreitung findet als wie heute. Zwar schreden heute die Konsumvereine noch viel vor diesem Zweck genossenschaftlicher Tätigkeit zurück. Die Ergebnisse der Genossenschaftsschlächtereien sind nicht so, als daß man mit hochspannten Hoffnungen dieses Gebiet betritt. Es würde zu weit führen, hier die Gründe dafür anzuführen. Aber das eine darf und muß gesagt werden, daß die Konsumgenossenschaften eine Unterlassungsstände begehren würden, wenn sie dem Problem der billigen Versorgung ihrer Mitglieder mit Fleisch aus dem Wege gehen wollten.

Auf Grund der Schlächtereibetriebe der Konsumgenossenschaften, welche ihren Bedarf an Schlachtvieh sofort von den Mastviehverkaufgenossenschaften entnehmen würden, wäre die engste Verbindung zwischen Produzent und Konsument geschaffen, die sich denken ließe.

Man könnte einwenden, diese Einrichtung käme nur den Konsumvereinsmitgliedern zugute. Diese Annahme ist irrig! Erstens steht es jedem frei, Mitglied eines Konsumvereins zu werden, und zweitens hat die Praxis bewiesen, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung der Preisregulator ist, der auch in der Lage ist, den privaten Fleischhandel zu zwingen, sich in etwa dem von ihm gebotenen Preisen anzupassen.

Die Lebensmittelsteuerung in ihrer Gesamtwirkung und Ursache betrachtet, ist ohne genossenschaftliche Selbsthilfe nicht zu beseitigen. Solange der private Profit das treibende Element bei dem Verteilungsprozeß der Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse ist, solange werden Organisationen und Mittel gefunden werden, eine künstliche Verteuerung derselben herbeizuführen. Erst dann, wenn die Macht der Konsumenten durch ihren genossenschaftlichen Zusammenschluß so groß ist, daß dieselben allein nicht auf normaler Basis beruhenden Preistreibern die Spitze bieten können, erst dann werden die Interessen der Konsumenten in ausgiebigster Weise gewahrt sein.

Gewerkschaftsbeiträge und Steuererklärung.
Wir haben unlängst eine Notiz gebracht, daß das Düsseldorf Oberlandesgericht bei einem Buchdrucker die Gewerkschaftsbeiträge als von der Steuer abzugsfähig erklärt habe, weil die Leistung des Gewerkschaftsbeitrages

zur Sicherung eines standesgemäßen Lebensunterhaltes unbedingt notwendig sei. Diesen vernünftigen Standpunkt macht sich jedoch weder die Veranlagungs- noch die Berufungskommission für den Stadtkreis Düsseldorf zu eigen, sie läßt nur bei den Buchdruckern die Abzugsfähigkeit gelten und verfährt bei allen anderen im gegenteiligen Sinne. Wir lesen darüber im Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes: Die Bemühungen unserer Kollegen, die oben angeführte Entscheidung des Oberlandesgerichts zu ihren Gunsten heranzuziehen, war bisher jedesmal umsonst, trotzdem sie sich von dem Gedanken leiten ließen, daß speziell im Schreinergerberewebe dieselben oder doch mindestens ähnliche Verhältnisse bestehen wie im Buchdruckergewerbe.

Angebracht erscheint auch der Hinweis, daß nach dem § 8 Abs. 1 Ziffer 5 des preussischen Einkommensteuergesetzes es dem Gewerbe- und Handeltreibenden ermöglicht ist, die Beiträge zu den Berufsvereinigungen in Abzug zu bringen, die doch zum allermindesten dieselben, wenn nicht noch viel wichtigeren Aufgaben zu erfüllen hat. Ihr obliegt einzig und allein die wirksame Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft. Da der Gesetzgeber für die Arbeiter noch keine Berufskammern schuf, mußte sich der Arbeiter diese in seiner gewerkschaftlichen Organisation selbst schaffen.

Selbst wenn man die Verbandsbeiträge nicht als Aufwendungen zur Erhaltung und Sicherung des Unterhaltes und damit als Werbungskosten ansehen wollte, sollte man wenigstens dazu übergehen und einen Teil derselben als abzugsfähig erklären. Eine sehr gute Handhabe bietet hier der § 8 Abs. 2 Ziffer 3 des preussischen Einkommensteuergesetzes, in welchem es wörtlich heißt:

„Von dem Gesamteinkommen sind in Abzug zu bringen die von dem Steuerpflichtigen gesetz- oder vertragmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall- u. dgl. Kassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 Mark nicht übersteigen.“

Aber auch hier lehnt die einschlägige Behörde die Abzugsfähigkeit mit der Begründung ab, daß den Mitgliedern ein gesetzlich klagbarer Anspruch nicht zustehe. Das geschieht, trotzdem eine Erklärung des Vorsitzenden der Berufungskommission bei der königlichen Regierung zu Düsseldorf vorliegt, in welcher derselbe ausdrückt, daß diese auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes sich stützende Auslegung (also das Vorhandensein des klagbaren Anspruchs) eine zu eng begrenzte sei. Wohl müsse ein Anspruch, also eine unter bestimmten Voraussetzungen eintretende Verpflichtung zu Leistungen seitens der Kasse vorliegen, es sei aber ohne Belang, ob derselbe im Rechtswege vernehmbar, oder ob die Entscheidung unter Ausschluß des Rechtsweges einer anderen Instanz (Vorstand, Generalversammlung, Schiedsgericht) übertragen werden kann. Das trifft ohne Zweifel voll auf unsere Gewerkschaften zu. Selbst der Hinweis, daß der Ausschluß des klagbaren Anspruchs durch das Statut nur eine Folge der ungleichen Rechtsverhältnisse sei, findet keine Beachtung. Bekanntlich können die Gewerkschaften wohl verklagt werden, haben aber selbst nicht die Rechte einer juristischen Person. Die Abzugsfähigkeit wird verneint ohne Rücksicht darauf, daß der Gesetzgeber diese Härte kaum gewollt hat, da er bei der Anführung der abzugsfähigen Objekte nicht nur allein von gesetzmäßig zu entrichtenden Beiträgen zu Kranken- u. dgl. Kassen spricht, sondern ausdrücklich noch das Wort vertragmäßig hervorhebt.

Als eine direkte Schädigung des arbeitenden Volkes ist der Umstand anzusehen, daß sogar die Fahrgeuder von und zur Arbeitsstelle vom steuerpflichtigen Einkommen nicht in Abrechnung gebracht werden. Nur in ganz ver-

einzelnen Fällen ist dieses zugestanden worden, trotzdem auch hier entsprechend des § 20 des preussischen Einkommensteuergesetzes eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen vorliegt. Es wird dem Arbeiter einfach bedeutet: „Du brauchst nicht so weit ab von der Arbeitsstelle zu wohnen“. Nicht allein dem Arbeiter, sondern auch den Beamten, die wie die Arbeiter, um billiger wohnen zu können, nach der Peripherie der Städte ziehen, werden diese Erleichterungen entzogen! Wir fragen: was nützen alle die läblichen Bestrebungen der Bodenreformer, der Gemeinden usw., was nützen alle die schönen Städte- und Städtebauausstellungen, in denen der staunenden Mitwelt das Großartige und Schöne des freien Wohnens außerhalb der einengenden Großstadt vor Augen geführt und in denen sie für diese Dinge begeistert werden, wenn der Gesetzgeber nicht ebenfalls diesen schönen Dingen Rechnung trägt. Was läge da näher, als die Ausgaben für Straßenbahn und zur Arbeitsstelle bei der Veranlagung vom Einkommen in Abzug zu bringen. Hier muß unseres Erachtens der Hebel angelegt werden, da damit den minderbemittelten Volksschichten auch praktisch gedient ist.

Ein Gedanke sei hier noch zum Ausdruck gebracht. Nur demjenigen steht das Recht zu, sich in den obigen Fragen beschwerdeführer an das Oberverwaltungsgericht nach Berlin zu wenden, der ein Jahreseinkommen von 3000 M. und darüber hat. Da dies für die Arbeiterschaft nicht zutrifft, muß es hier die Aufgabe der Landtagsabgeordneten, besonders derjenigen, die uns nahe stehen, sein, für eine andere Regelung durch das Gesetz einzutreten, auf daß die Lösung heranzogender Fragen nicht von der Auffassung einzelner untergeordneter Behörden und Personen abhängt. **Sd.**

Die Vorläufer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.
Diese christlich-nationale Bewegung von heute hat ihre Vorläufer gehabt. In den 60er Jahren, die eigentlich erst als die Geburtsjahre der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet werden können, entstand neben der sozialdemokratischen Bewegung zugleich auch eine christliche. Ich denke an die christlich-soziale Bewegung in den beiden Lagern der christlichen Konfessionen, im katholischen wie evangelischen Lager. Wir sind uns heute darüber klar, daß diese Bewegung ihre Einseitigkeiten und Unvollkommenheiten hatte, ja noch mehr, daß sie durch andere Organisationsformen ersetzt werden mußte. Selbstverständlich sind auch bei ihren Vertretern Menschlichkeiten unterlaufen — das alles aber hindert uns nicht an der dankbaren Anerkennung, daß jene christlich-nationale Bewegung der 60er und 70er Jahre auch dauernde Werte geschaffen hat, an denen wir heute noch zehren, daß sie Fundamente gelegt hat, auf denen die heutige christlich-nationale Arbeiterbewegung weiter baut. Ein solches Fundament ist zunächst die Propaganda des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Es ist kein Zufall, daß Deutschland allen neuen Industrieländern im gesetzlichen Arbeiterschutz vorauf ist. Man hat gesagt, die Sozialdemokratie habe dies bewirkt durch ihre Kritik. Auch andere Länder haben ihre radikale Arbeiterbewegung, so Frankreich, Italien, Österreich, sind aber trotzdem nicht so weit gekommen wie unser deutsches Vaterland. Hinter unserer Bewegung stand eine öffentliche Meinung für die Pflicht des Staates zur sozialen Gesetzgebung, eine öffentliche Meinung, die nicht bloß die Arbeiter, sondern auch andere Stände mit voller Kraft erfaßte und vorwärts trieb! Die christlich-soziale Bewegung darf sich rühmen, diese öffentliche Meinung geschaffen zu haben.

Aber das nicht allein. Auch die Sozialdemokratie hatte gegenüber dem wirtschaftlichen Individualismus und Liberalismus — gegenüber den Wirtschafts-

1907 wurde in Barmen der Verband der Wandwirkermeister für Barmer Artikel gegründet, der die gleichen Ziele verfolgt wie der Bergische Wandwirkermeisterverband für die Seidenbandindustrie. Zwar konnte auch dieser Verband für eine Anzahl Artikel eine Lohnliste mit den Fabrikanten vereinbaren, doch dürften bei dem herrschenden schlechten Geschäftsgang in den Barmer Artikeln die meisten Meister zu niedrigeren als den Listenlöhnen arbeiten, worauf schon der starke Mitgliederrückgang schließen läßt, denn von den 1150 Mitgliedern, welche der Verband sonst zählte sind heute nur noch circa 600 übrig geblieben. Bei den niedrigen Beträgen und dem Fehlen einer starken Streitkassette haben diese Verbände eben nicht die Macht, die Fabrikanten zur Einhaltung der getroffenen Lohnabmachungen zu zwingen, besonders nicht in Zeiten schlechten Geschäftsganges. Der Solidaritätsgedanke ist in der Hausindustrie noch viel weniger Gemeingut aller wie bei den Fabrikarbeitern, schon weil zwischen den Kleinmeistern mit einem oder zwei Stühlen und denjenigen mit vier, sechs, zehn und noch mehr Stühlen gewisse Interessengegenstände bestehen.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Wuppertaler Textilarbeiter sind sehr verschieden, das bringt schon die Vielgestaltigkeit der Industrie mit sich. Die Arbeitszeit beträgt 56½ bis 58½ Stunden pro Woche und ist in den meisten Betrieben Samstags um 1 oder ½ Uhr Arbeitsluß, wofür an den übrigen Wochentagen allerdings entsprechend länger als 10 Stunden gearbeitet werden muß. In verschiedenen Betrieben, so in einer Anzahl Riemenwebereien, wird auch nachts gearbeitet. Auch werden in einigen Bandwebereien bei günstigem Geschäftsgang Doppelstunden von je 8 Stunden gemacht, bei eintretender Geschäftslage kommt dann jedesmal eine Schicht außer Arbeit. In Zeiten günstiger Konjunktur wird in vielen Betrieben Ueberstundenarbeit verlangt und geleistet, soweit dies die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter zulassen.

Ueber die Lohnverhältnisse lassen sich für die meisten Zweige der Wuppertaler Textilindustrie keine genaue Angaben machen, weil die Mehrzahl der Arbeiter in Stücklohn beschäftigt ist. Da sind in einem Betriebe die Unterschiede und Schwankungen schon sehr groß je nach der Art der verschiedenen Artikel, welche gearbeitet werden. Und die

öfteren Konjunkturschwankungen bringen wieder große Verschiebungen im Verdienste der Arbeiter mit sich. Die Lohnangaben der Textilarbeitergenossenschaften sind zu allgemein gehalten, wodurch sich kein klares Bild über die Lohnverhältnisse gewinnen läßt. Nach den Lohnnachweisungen der Rheinisch-Westfälischen Textilarbeitergenossenschaft betrug der Durchschnittslohn in Elberfeld pro Woche 19,58 M., in Barmen 20,42 M. im Jahre 1910.

Ein besseres Bild erhalten wir durch Angabe der Wochenlöhne in den Betrieben, wo die Arbeiter meist in Wochenlohn beschäftigt werden. So erhalten die Riemenwebereier in den meisten Betrieben einen Wochenlohn von 24 M., in einzelnen Betrieben auch 25 M., die Arbeiter der Nachschicht erhalten durchschnittlich 2 M. mehr. Die in Accord beschäftigten Arbeiter verdienen einen höheren Lohn bei normalem Geschäftsgang. Wo die Nierenstücke von Arbeiterinnen bedient werden, erhalten diese durchschnittlich einen Wochenlohn von 17 bis 19 M. Die Straungfarber erhalten nach vollendeter Lehre und mit dem vollendeten 18. Lebensjahre 21 M., steigend mit jedem Jahre um 1 M., bis zum Höchstlohn von 25 M.; die selbständigen Färbereier erhalten höhere Löhne, die aber nicht einheitlich geregelt sind. In den Sträufwebereien sind die Löhne wesentlich geringer. Dort erhalten nach einer Befamntgabe der fusionierten Firmen die männlichen Arbeiter von 20 Jahren und darüber einen Wochenlohn von 19 M., nach der Leistung steigend bis zu 22 M. Weibliche Arbeiter von 18 Jahren und darüber 14 M., nach Leistung steigend bis 15,50 M. Die in der großen Rattundruckerei von Schlieper und Baum beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeiter erhalten im Betriebe zu Elberfeld 24 M. und im Betriebe zu Laaten 28 M. Diese Lohnunterschiede glaubt die Firma machen zu müssen, weil in Laaten mehr läubliche Verhältnisse und die Wohnungsmieten angeblich wesentlich niedriger sind als in Elberfeld. Die Firma gewährt ihren Arbeitern auch einen Urlaub von 3 und 6 Tagen je nach der Beschäftigungsdauer. In fast allen übrigen Zweigen der Textilindustrie werden Akkordlöhne bezahlt und lassen sich darüber keine zuverlässigen Angaben machen, weil die Mehrzahl der Arbeiter nicht zu bewegen ist, die ausgegebenen Lohnstatistikarten auszufüllen. In einigen Zweigen lassen allerdings die Vergütungen für Vorarbeiten, Warten auf Stoffe, bei Betriebsstörungen usw.

einen gewissen Rückschuß zu, so erhalten die Seidenbandwebereier laut Tarifvertrag für Warten auf Stoffe oder Geräte während des Webens sowie beim Weben auf einem fremden Stuhl einen Wochenlohn von 27 M. Für Vorarbeiten sowie beim Warten auf Stoffe oder Geräte beim Vorarbeiten einen Wochenlohn von 24 M. Falls ein Arbeiter veranlaßt wird, seinen Stuhl mit laufender Kette stehen zu lassen um auf einem anderen Stuhl vorzurücken oder auf einem Stuhl mit nicht normalen Stoffen zu weben, so erhält er einen Stundenlohn von 50 Pfg. Für Ueberstunden wird bis 10 Uhr abends ein Zuschlag von 30 Pfg. und nach 10 Uhr und Sonntags ein Zuschlag von 60 Pfg. pro Stunde gezahlt.

In allgemeinen sind die Textilarbeiterlöhne im Wuppertale höher als in jedem anderen Textilindustriebezirk Deutschlands. Der Gründe hierfür gibt es viele. Zunächst bringt die außerordentliche Vielgestaltigkeit, der stete Wechsel und die Aufnahme immer neuer und deshalb noch nicht im Preise gedrückter Artikel es mit sich, daß die Löhne nicht so tief sinken wie in Bezirken mit ganz einseitiger Industrie. Dann hatte bis vor wenigen Jahren die Barmer Webindustrie nur eine verhältnismäßig schwache Konkurrenz. Weiter kommt hinzu, daß ein nüchternere, intelligenter, fleißiger und alteingesehener Arbeiterstand vorhanden ist, in dem sich die Fertigkeit schon seit Generationen fortgepflanzt hat. Ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der männlichen Arbeiter ist den gewerkschaftlichen Organisationen angegeschlossen und unausgesetzt bestrebt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst günstig zu gestalten. Endlich darf nicht vergessen werden, daß im Wuppertale für Lebensmittel und Wohnungsmieten außerordentlich hohe Grobstockpreise gezahlt werden müssen. Dazu lassen die hohen Wochenlöhne keinen Rückschuß auf das Jahresarbeitsverdienst zu, weil in einer so sehr vom Wechsel der Mode abhängigen Industrie weit öfter als sonst Absatzrückstellungen vorkommen und dadurch Einschränkungen der Produktion durch Einlegung von Feiertagen, Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Bei dem sinkenden Geldwert ist der Lohn auch hier im Wuppertale durchaus unzureichend und die Textilarbeiter haben alle Veranlassung, durch weitere Stärkung des christlichen Textilarbeiterverbandes eine Besserstellung ihrer Lage zu erstreben.

evangelien von der freien, schrankenlosen Konkurrenz — das Ideal der Ordnung der Dinge durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft, also soziale Gedanken verbreitet. Freilich war sie auch da nach der andern Seite zu weit gegangen; sie fiel aus einem Extrem ins andere, aus dem Extrem des einseitigen Individualismus in das Extrem des einseitigen Sozialismus. Diese Einseitigkeit hat die christlich-soziale Bewegung vermieden. Aber auch einer anderen, viel schlimmeren Einseitigkeit der Sozialdemokratie ging sie aus dem Wege. Infolge ihrer philosophischen Grundlegung war die Sozialdemokratie materialistisch. Auch Bahnbrecher der Sozialdemokratie, die weniger von philosophischen Grundlagen ausgingen, als Karl Marx es getan, Männer, die mehr Agitatoren als Philosophen waren, ein Lafalle, ein Bebel haben den großen Fehler begangen, den Grund der sozialen Uebel in der Menschheit lediglich in äußeren Einrichtungen zu sehen: in der Eigentums- und in der Rechtsordnung. Daher kamen sie auf die Idee, ausschließlich mit einer äußeren Neuordnung genug zu tun. Sie waren der Meinung, wäre erst die äußere Ordnung anders, dann würden die Menschen von selber gut und vollkommen werden. Dann seien keine Gefängnisse und Zuchthäuser mehr nötig! Dann hätte man die Himmel auf Erden! Sie haben sich schwer getäuscht. Ihre eigene Bewegung muß sie heute eines besseren belehren. Sie sucht nach ethischen, sittlichen Werten und Normen. Ganze Richtungen, Spaltungen innerhalb der Sozialdemokratie sind darauf zurückzuführen. Kein Zufall ist es, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ allmonatlich die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion debattieren. Sie sehen, daß auch heute eine Gewerkschaftsbewegung nicht gedeiht auf bloßen materialistischen Grundlagen, auf dem nackten Prinzip der Selbstsucht. Es muß auch Opfergeist da sein im Dienste der Allgemeinheit. Die christlich-soziale Bewegung — sage ich — hat diesen großen Fehler vermieden, hat ihn bekämpft; sie hat die Ideale des Christentums und ihren Wert für die gute Gestaltung der sozialen Ordnung betont. Das ist das zweite unvergängliche Verdienst der christlich-sozialen Bewegung. Zum beträchtlichen Teil auf diesem Boden ist die starke ideale katholische und evangelisch-soziale Vereinsbewegung späterer Jahrzehnte erwachsen. Und der Gedanke, ihre Gewerkschaftsbewegung auf christlicher Grundlage aufzubauen, geht, soweit er geschichtlich in der Arbeiterbewegung verankert ist, auf diese Idee der christlich-sozialen Bewegung zurück. Wenn sie sich heute „christliche“ Gewerkschaften nennen, so wollen sie damit gewiß kein Religionsbekenntnis in seinen Einzelheiten formulieren, das ist nicht ihre Aufgabe, sie sind eben eine Organisation mit wirtschaftlichen Aufgaben. Aber sie erkennen doch durch diesen Namen rückhaltlos und offen an, daß sie an die Bedeutung fester religiöser-sittlicher Normen auch für das wirtschaftliche und soziale Leben glauben und daß sie gesonnen sind, ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen und Arbeiten im Rahmen dieser Normen zu halten, so wie ihre Mitglieder es wünschen und auf das Statut gestützt erwarten und verlangen. Bewahren sie dieses Erbe der christlich-sozialen Bewegung treu und unverfälscht. Es wird ihrer Bewegung innere Gesundheit und dauernde Lebenskraft verliehen.

Endlich hat die christlich-soziale Bewegung noch ein unsterbliches Verdienst sich erworben. Sie war getragen von dem Gedanken, daß die soziale Arbeit für den Arbeiterstand der Arbeiter eigenes Ideal sein müsse. Was an dem sozialdemokratischen Ideal, das Marx verkündet hatte, richtig war, hat auch sie proklamiert. Marx rief hinaus: Die Arbeiterbewegung ist die Bewegung der großen Masse. Für die Masse. Dann: Proletariat aller Länder vereinigt euch! Alle Länder stehen still, wenn dein starker Arm es will usw. Aber was wir oben sahen, gewahren wir auch hier. An sich wahre Ideen hat die Sozialdemokratie überspannt. Sie hat diesen guten Gedanken der Eigenständigkeit der Arbeiterbewegung zum Klassenkampfideal verdrängt. Sie hat die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten, die einander in unüberbrückbarer Feindschaft, wie zwei kriegerische Heere im Kampf auf Leben und Tod gegenüberstehen, sie hat die Parolen für ihre Kämpfe aus dieser Auffassung hergenommen; ihre Aktion ist ein ständiger Krieg gegen die Gesellschaft.

Ganz anders die christlich-soziale Bewegung. Sie hat die Gesellschaft als einheitliches Ganzes betrachtet, auch die heutige, sie hat die Mitwirkung anderer Stände nicht verächtlich, hat keine Revolution gepredigt. Aber doch hat sie eine eigentliche, selbständige Arbeiterbewegung geschaffen; ist auch vor Kämpfen nicht zurückgetreten, eingedenk des Wortes: Ohne Kampf kein Sieg. — Die christlichen Gewerkschaften haben diese Idee übernommen, daß die Vertretung ihrer Interessen der Arbeiter eigenes Werk sein müsse. Der größte Prozentsatz der Mitglieder fällt auf die Altersklassen von 20—35 Jahren, was paßt also die rüstigsten Jahre des Menschenalters: und wenn wir sehen, daß dieser Prozentsatz von Jahr zu Jahr zunimmt, dann zeigt dies, daß sich eigenes Leben regt und eine gute Zukunft mit Sicherheit verheißt.

(Auszug aus einer Vorlesung von Dr. Brauns.)

Was will die Regierung gegen die Fleischteuerung unternehmen? Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Die preussische Staatsregierung beschloß, gegen die herrschende Fleischteuerung vorübergehend folgende Erleichterungen der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Ausland anzutreten zu lassen:

1. Für große Städte, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend sind, soll die Einfuhr frischen Rindfleischs aus dem europäischen Ausland und frischen Rind- und Schweinefleischs aus Serbien, Rumänien und Bulgarien im Wege besonderer Genehmigung zugelassen werden, wenn das Fleisch zu einem unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten, möglichst niedrigen Preise an die Verbraucher verkauft wird. Die Beförderung des Fleisches bis zum Bestimmungsorte muß in plombierten Wagen erfolgen.

förderung des Fleisches bis zum Bestimmungsorte muß in plombierten Wagen erfolgen.

2. Unter gleichen Bedingungen soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland im Wege besonderer Genehmigung in einzelnen größeren Städten des Ostens, bei denen für eine derartige Verforgung ein besonderes Bedürfnis besteht, gestattet werden.
3. Unter gleichen Bedingungen soll ferner die Einfuhr von Schlachtabfällen aus den Niederlanden im Wege besonderer Genehmigung in hierzu geeignete öffentliche Schlachthöfe großer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtabfällen aus Oesterreich-Ungarn geltenden veterinärpolizeilichen Vorschriften und Bedingungen gestattet werden.

Die besonderen Genehmigungen zu 1 bis 3 sollen unbeschadet der bestehen bleibenden allgemeinen Einfuhrverbote erteilt werden.

4. Das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien wird aufgehoben.

5. Endlich ist für den Fall des Bedürfnisses eine vorübergehende Erhöhung des für das oberschlesische Industriegebiet bestimmten Kontingentes in Aussicht genommen.

Ferner sind auf dem Gebiete der Eisenbahntarife preußischerseits folgende Maßnahmen in Aussicht genommen:

1. Der mit Ende des Jahres ablaufende Ausnahmestarif für frisches Fleisch, der gegenüber den normalen Tariffüssen wesentliche Verbilligungen enthält, wird bis auf ein weiteres Jahr verlängert und noch weiter verbilligt. Von den so ermäßigten Tariffüssen wird außerdem ein weiterer Frachtnachlaß von 20 Prozent gewährt.
- a) zugunsten der Gemeinden und Organisationen, die die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an die Verbraucher oder Fleischer zum Verkauf zu den unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben,
- b) zugunsten gewerblicher Unternehmer, die die Sendungen zu oder unter Selbstkosten an eigene Anstellungen oder zum Zweck des Verkaufs an eigene Anstellungen zu den unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen an die Fleischer abgeben.

2. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß, und zwar 30 Prozent, von den Frachtsätzen für lebendes Vieh gewährt. Soweit gefrorenes Fleisch zur Einfuhr zugelassen ist, gelten die Ermäßigungen der Eisenbahntarife auch für gefrorenes Fleisch.

3. Die Vergünstigungen, die zugunsten der Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen bei Bezug von Seefischen bestehen (Frachtnachlaß von 20 Prozent) bleiben auch noch für das Jahr 1913 in Kraft.

4. Die Tarife für Futtergerste und Mais werden unter der Bedingung, daß die Frachtermäßigung dem Viehhalter zugute kommt, bis Ende September 1913 auf den Spezialtarif 3 zurückgeführt, was eine Frachtermäßigung um fast die Hälfte bedeutet. Ein gleiches Vorgehen ist bei den übrigen Staatseisenbahnverwaltungen angeregt.

Endlich ist, um die Mitwirkung der Gemeinden an der Fleischverforgung zu fördern, dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 an die Gemeinden, die frisches und auch gefrorenes Fleisch sowie Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 103 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf den Betrag zu ermäßigen, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 M. ein Zollsatz von 18 M. für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.

Baden, Sachsen, Elsaß-Lothringen und Bayern haben sich diesen Maßnahmen Preußens bereits angeschlossen; andere Bundesstaaten werden wohl folgen.

Wir erkennen an, daß die Vorschläge und Maßnahmen der Regierung immerhin geeignet sind, die herrschende Not zu mildern. Der Schwerpunkt der Tätigkeit ist jedoch den Städten überwiesen, und es muß abgewartet werden, inwiefern sie die von der Regierung entgegen-gestredte Hand ergreifen.

Jedoch befriedigen können uns diese Maßnahmen der Regierung keineswegs. Es fehlt noch die Aufhebung des Verbots für amerikanisches Büchsenfleisch und amerikanische Hartwurst; es fehlt die Änderung des Fleischschangegesetz, um die Einfuhr von gefrorenem Rindfleisch aus Argentinien und Australien zu ermöglichen. Darauf aber hat die Arbeiterschaft ein besonders großes Gewicht gelegt. Uns scheint, daß die Regierung in ihren Maßnahmen den rein agrarischen Interessen den Vorzug vor den Interessen der industriellen Lohnarbeiterschaft gegeben hat, obwohl bei dieser die Verhältnisse besonders drückend gelagert sind.

Es wird sich noch Gelegenheit bieten, auf diesen Punkt zurückzukommen.

Aus unserer Industrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie

für den Monat August wird in der soeben erschienenen Septembernummer des „Reichsarbeitsblattes“ also gemeldet:

Ueber die Lage der Baumwollspinnereien berichtet der Verband Rheinisch-Westfälischer Baumwollspinner, daß die Baumwolle am 9 Pfennig im August gefallen ist und sich dadurch das Geschäft etwas gebessert hat. Garpreise stehen aber immer noch mehrere Pfennige unter dem Selbstkostenpreise. Bei den weichen Baumwollpreisen zeigte sich mehr Interesse für das aus neuer Ernte gewonnene Garn. Umfangreiche Geschäfte kamen aber auch hier nur zustande, wenn die Spinner, im Hinblick auf ein weiteres Sinken der Baumwollpreise, sich zu erheblichen Preiszugeständnissen bereitfinden ließen. Der so berechtigte Unterschied zwischen den Garpreisen für schnelle und für spätere Lieferungen schwindet immer mehr, weil die Spinner sich um ihren Auftragbestand zu ergänzen, den Preisunterbietungen der Abnehmer gegenüber nur allzu gefügig erweisen. Ein anderer Bericht spricht von einer Berichtigung gegenüber dem Vormonate, welche darauf zurückzuführen sein soll, daß die Käufer billigere Garpreise nach Entschleun der Baumwolle aus der neuen Ernte erwarten. Ueber das Fehlen

gebühter männlicher und weiblicher Arbeitskräfte wird von hier aus Klage geführt. Auch aus dem Elsaß wird die Lage als ungenügend und schlechter als um die gleiche Zeit des Vorjahrs bezeichnet. In einigen Baumwollspinnereien sollen die Arbeiter streiken, weil ihre Forderungen auf Einstellen der Arbeit an den Sonnabenden, der wöchentlichen Lohnzahlung, einer Lohn-erhöhung unter Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen nicht bewilligt worden sind. Die Berichte aus Süddeutschland lauten günstiger; die Beschäftigung war im allgemeinen ausreichend. Auch hier wird von einer Zurückhaltung der Verbraucher gesprochen, weil niedrigere Preise des Rohmaterials erwartet werden.

In der Baumwollweberei ist nach Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Industrieller die Beschäftigung infolge der Kaufunlust seitens der Kundschaft knapp ausreichend.

Die Vereinigung zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten für Chemnitz und Umgegend bezeichnet die Beschäftigung in Möbelstoffen, Portieren, Tischdecken usw. als der Jahreszeit entsprechend befriedigend.

Einige Berichte aus der Kammgarnspinnerei bezeichnen den Geschäftsgang im August als gut; eine Fabrik, die Cheviot- und Kammgarnstoffe in Kammgarnen und Streichgarnen herstellt, berichtet, daß die Aufträge nicht mehr ganz genüpten, um den Betrieb voll beschäftigen zu können. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Verschlechterung eingetreten, deren Grund unter anderem darin liegen soll, daß, wie stets beim Steigen einzelner Lebensmittel, auch jetzt die Erneuerung der Bekleidung in einzelnen Bevölkerungsschichten zuerst zurückgestellt wird.

In der schlesischen Seidenindustrie war vollauf zu tun. Die Spinnereien und Webereien waren voll beschäftigt.

In der schlesischen Wolllwarenfabrikation hat das Geschäft nach den Berichten des Verbandes Schlesischer Textilindustrieller keine Veränderung gegen den Vormonat und das Vorjahr erfahren.

Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien spricht von einem lebhaften Geschäftsgang in wollenen Damenkleiderstoffen. Die Verhältnisse sollen die gleich günstigen wie im Vormonate sein; gegenüber dem Vorjahr ist eine Besserung eingetreten.

Einige Berichte aus der Tuchfabrikation schildern das laufende Geschäft als ganz befriedigend; die Aufträge für die nächste Saison gehen in normaler Weise ein, so daß eine weitere genügende Beschäftigung als ganz sicher erscheint. Ein anderer Bericht dagegen bezeichnet den Geschäftsgang als mittelmäßig und schlechter als im Vormonate. Es soll ein wesentlicher Mangel an Aufträgen in Damenkleiderstoffen vorhanden sein.

In der Krefelder Samt- und Seidenweberei ist die Lage befriedigend und eher etwas besser als im Vormonate. Das Samtandgeschäft läßt indessen nach wie vor sehr zu wünschen übrig.

In wollenen und baumwollenen Strickgarnen und Effeltgarnen scheint das Geschäft nach den Berliner Berichten wie im Vormonate ziemlich lebhaft gewesen zu sein.

Die Berichte aus der Strick- und Wirkwarenherstellung lauten vertrieben. Aus Schlessen wird von unbefriedigendem Geschäftsgang berichtet, dessen Grund eine allgemeine Geldknappheit sein soll. Aus Berlin wird die Lage als ziemlich gut und besser als im Vormonate bezeichnet. Viele Käufer, die mit Erteilung ihrer Aufträge bisher zurückgehalten hatten, sollen ihren Bedarf jetzt decken. Auch die nachstakte Witterung des August soll zur Belebung des Geschäfts beigetragen haben. Ueber die Herstellung von Schals und Tüchern wird mitgeteilt, daß zu Beginn des Monats das Geschäft schlecht war, sich aber gegen Ende August besserte; die Besserung soll durch die kaltere Witterung hervorgerufen sein.

Die Beschäftigung in der Hausspinnerei und Zwirnfabrikation Schlessens bezeichnet der Verband Schlesischer Textilindustrieller als noch immer unzulänglich, wengleich gegen Ende des Berichtsmonats, wie alljährlich um diese Zeit, eine kleine Aufbesserung eingetreten ist.

In der sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie sind nach Mitteilungen des Fabrikantenvereins der sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie zu Blauen die Verhältnisse im wesentlichen unverändert geblieben; es herrscht nach wie vor großer Arbeitermangel.

Nach dem Berichte des Syndikats elsässischer Raturdrucker blieb die Lage in den Stoffdruckereien unverändert ungünstig. Auch die Berichte aus der Färberei und Appretur bezeichnen den Geschäftsgang als sehr mäßig und gegenüber dem Vormonate als wesentlich schlechter.

Aus der Textilindustrie berichten 447 Betriebskrankenkassen mit 93 951 männlichen und 111 460 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. August ergab sich am 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (93 männliche, 228 weibliche).

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	Aug. 1912	Sept. 1912	Sept. 1911
Textilarbeiter (G.)	138 311	0,9	0,1	0,7
Textilarbeiter (Ld.)	39 625	0,8	1,7	0,6
Textilarbeiter (S.-D.)	6 180	1,5	0,8	1,1

Der Geschäftsgang in den Krefelder Fabriken

wird in den Leipziger Wochenberichten unterm 28. Sept. wie folgt geschildert:

In den Krawattenstoffabriken ist die Beschäftigung zurzeit zufriedenstellend. Die Kundschaft hielt ziemlich lange mit Bestellungen zurück, dann kamen letztere von

allen Seiten zusammen. Leider hat man bei Kravattenstoffen ebenso wenig einen durchschlagenden Artikel als bei Blusen- und Kleiderstoffen. Die Kunden bestellen von allen Seiten etwas. Man kann deshalb von einer eigentlichen Roberichtung nicht sprechen. Es werden glatte Stoffe noch gekauft, ebenso Streifen, dann Jacquardartikel mit kleineren oder größeren Figuren, schließlich Kaschmir und Stoffe im perfekten Geschmack.

Von einigen Seiten wurden auch Ombrés und Chinés gebracht, mit welchem Erfolg, muß man abwarten. Ombrés sind in dezenten, vornehm wirkenden Abtönungen auf den Markt gebracht worden. Das selbe gilt für Chinés. Die lauten, grellfarbigen Druckmuster sind ruhiger wirkenden, in matten, gut harmonisierenden Farben gehaltenen gewichen; weißer Grund ist fast ganz verschwunden. So wird auch die kommende Chiné-Mode ein ganz anderes Gepräge erhalten als die von früher noch erinnerliche. Auch die Ware selber hat durch Anwendung von Kunstseidenschuß ein anderes Bild erhalten, was früher nur in teureren Preislagen zu erreichen war. Wenn Ombré und Chiné vorderhand auch nur mehr oder weniger in glatter Ware gebracht und getragen wird, so steht doch ihre Anwendung in Streifenausführung, durch Lieberlegen von Satin- und anderen Streifen für die allernächste Zeit zu erwarten. Glacé behält auch für die kommende Saison seine bewährte Anziehungskraft, sowohl in glatter Ware als auch in Streifenausführung.

Erwähnenswert sind ferner Genrés auf gutem, dicht- eingestelltem Atlasgrund mit abgesetzten, kleinen Jacquardfiguren. Recht beliebt sind Körperfonds; darin bringt man viel doppelteitige Ware, aus zwei Ketten bestehend, die Vorderseite z. B. schwarz, die Rückseite hell veseda. In diesen Stoffen erschienen große Kollektionen, welche überall gute Aufnahme fanden.

Man kann heute keinen Bericht über Kravattenstoffe schreiben, ohne die Kunstseide besonders zu erwähnen. In deren Herstellung ist ein weiterer großer Fortschritt zu verzeichnen. Während bisher die Kunstseide als Kette fast unmöglich zu verwenden war, sind neuerdings, wie wir erfahren haben, gut gelungene Verbesserungen sowohl durch Zwirnen, ähnlich der animalischen Organzine, wie auch durch Glätten des ungezwirnten Fadens, ausprobiert worden. Alle diese Versuche hatten zum Ziel, den schlimmsten Uebelstand der Kunstseide als Netmaterial, das Abweben der einzelnen Fäden, das sogenannte „Flusen“, zu verhüten, und diese Versuche sollen, wie verlautet, vollkommen geclückt sein. Damit würde sich der Stofffabrikation in billigen Qualitäten ein neues großes Gebiet erschließen.

Von den Formen der Kravatten steht immer noch der Selbstbinder an der Spitze. Der Verbrauch darin hat eher zu- als abgenommen, und sein Konsum beeinträchtigt den Verkauf von konfektionierten Kravatten sehr. Außer Regattes nimmt kaum eine andere Fasson noch wesentlich an den Umsätzen teil, denn der Selbstbinder läßt neben sich kein anderes Gebilde besonders auffommen. Das Hauptgewicht muß daher die Fabrikation auf schöne Stoffsortimente legen. — Für den feinen Konsum gaben letzthin Diplomaten etwas mehr zu tun.

Konvention der Tuchfabrikanten.

Aus Berlin wird unterm 30. September cr. berichtet: Nach jahrelangen Bemühungen wird jetzt die geplante Konvention der Tuchfabrikanten zustande kommen. Wie die bis jetzt vorliegenden Beitrittserklärungen der Tuchfabrikanten ergeben, sind schon mehr als 90 Prozent der in Betracht kommenden Webstühle in die Konvention eingeschlossen. Angestrebt wird die Festsetzung der Lieferungs- und Verkaufsbedingungen, sowie die Regelung der Vergütung bei der Musterabgabe.

Die konstituierende Versammlung soll zwischen dem 10. und 15. Oktober cr. in Berlin stattfinden.

Das Problem des Baumwollpreises

bildet den Gegenstand einer von Syndikus Dr. Apelt im neuesten Heft der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ veröffentlichten Abhandlung. Dr. Apelt erblickt in dem Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch nicht den einzigen Grund für das Steigen der Baumwollpreise in den letzten Jahren. Vielmehr findet er den zweiten Grund in dem wachsenden Einfluß der amerikanischen Baumwollpflanzung auf die Preisgestaltung. Infolge des Steigens der Baumwollpreise, der früheren dürftigen Lage entnommen, hätten die Pflanzler es nicht mehr nötig, ihre Baumwolle sofort auf den Markt zu bringen. Dessen seien sie sich besonders seit der Bildung mächtiger Farmervereinigungen bewußt geworden, die durch Errichtung von Lagerhäusern, Schaffung von Verkaufsbüros und Beleihung der eingelagerten Baumwolle darauf hinzuwirken suchen, daß die Baumwolle zurückgehalten wird, wenn der Preis ihnen nicht ausreichend erscheint. Wegen der monopolarartigen Stellung der amerikanischen Baumwollproduktion aber würde eine Vermehrung der Baumwollproduktion lediglich durch Erhöhung der amerikanischen Produktion dazu beitragen, den jetzigen Zustand, daß im wesentlichen nur dieses eine Gebiet mit allen Wechselfällen seiner Ernte für die Preisbestimmung maßgebend bleibt, zu verstärken. Deshalb müßte die Baumwollproduktion außerhalb der Vereinigten Staaten gefördert werden, damit sie auf eine recht breite Grundlage gestellt, und damit bei dem Verjagen eines Produktionsgebietes aus anderen Gebieten genügend Baumwolle herangezogen werden könne. Die Erreichung dieses Zieles hält Dr. Apelt angesichts der Bestrebungen vieler Länder, von denen die europäischen Kulturstaaten vor Augenmerk vor allem auf Afrika richten, für möglich. Jedoch nur langsam und unter Beseitigung mancher Schwierigkeiten sei jenes Ziel zu erreichen. Darum könne man noch eine Reihe von Jahren darauf gefaßt sein, daß sich auf dem Baumwollmarkt die Ereignisse der letzten Jahre wiederholen würden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Gronau i. W.

Ein schöner Erfolg. Bei der Firma Westfälische Baumwollspinnerei wurde vor einiger Zeit an den Halbein eine sogenannte Garnreinigungsrichtung angebracht. Die Arbeiterinnen erkannten bald, daß zwar das Garn reiner, aber auch, daß der Lohn geringer wurde. Durch mehrere Verhandlungen mit der Direktion wurde erzielt, daß der Lohn pro Bündel um 5 Pfg. erhöht wurde, was wöchentlich 1,20—1,80 M. ausmacht. In Betracht kommen ca. 30 Häspelerinnen.

Aus unseren Bezirken.

Konferenz für den Bezirk Krefeld.

Am 29. September fand in Dülken die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren 28 Ortsgruppen durch 48 Delegierte; es fehlten 4 Ortsgruppen. Bezirksleiter, Kollege Peisch, begrüßte die Delegierten, insbesondere die Vertreter des Zentralvorstandes, die Kollegen Sistenich und Lenjing. Nachdem die Anwesenden sich zu Ehren der verstorbenen Mitglieder von ihren Sitzen erhoben hatten, wurde das Protokoll der letzten Bezirkskonferenz verlesen und gutgeheißen.

Hierauf erstattete der Bezirksleiter den Geschäftsbericht. Aus demselben ging hervor, daß am Ende des 2. Quartals 1912 6909 Mitglieder vorhanden waren.

Vom 3. Quartal 1911 bis Ende 2. Quartal 1912 betragen die Gesamteinnahmen	120087,60 M.
An die Zentralkasse wurde abgeführt	74944,75 "
Die Unterstützungen betragen	27320,62 "
Der Ortsgruppenbestand betrug	10696,63 "

Die Tätigkeit im Bezirke veranschaulichen folgende Zahlen:	
Mitgliederversammlungen	188
Öffentliche Versammlungen	41
Fabrikversammlungen	171
Vorstandssitzungen	343
Vertrauensmännerversammlungen	220
Zusammen	963

Bewegungen waren	
Erfol reich	29
Erfolglos	27
Streiks	3
Erfolgreich	1
Erfolglos	2

Die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Personen war nicht genau zu ermitteln, da die Angaben in den Vierteljahrsberichten zum Teil fehlten; auch machen die Berichte über die Zahl der Versammlungen auf Genauigkeit keinen Anspruch, da auch diese Rubriken von einzelnen Ortsgruppen nicht oder nicht immer ausgefüllt werden.

Das Verhältnis zum „deutschen“ Textilarbeiterverband hat sich nicht verschlechtert, hoffentlich fallen die Anregungen, die der Zentralvorstande Hübich auf der Generalversammlung unseres Verbandes gegeben hat, auf einen fruchtbaren Boden, denn durch ein Zusammengehen beider Organisationen dort, wo die Verhältnisse im Wirtschaftsleben es gebieterisch erfordern, könnte nicht nur der Arbeiterschaft ein großer Dienst erwiesen, sondern auch den Quertreibern das Handwerk gelegt werden. Die Versammelten nahmen den Bericht beifällig auf; wesentliche Ausführungen wurden nicht gemacht.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Bericht über die in Elberfeld stattgefundenen Generalversammlung, referierte der Kollege Franz Glück.

Er schilderte den schönen Verlauf der Generalversammlung und erläuterte an Hand der Anträge die Verbesserungen und Änderungen, welche von den Delegierten vorgenommen worden seien. Als der Referent die Fragen, die in der Diskussion an ihn gestellt wurden, beantwortet und die nötige Aufklärung herbeigeführt hatte, (soweit solches überhaupt möglich war), wurde zum 3. Punkte der Tagesordnung übergegangen. Er lautete: „Unsere allgemeine Lage“. Kollege Lenjing kennzeichnete die Schwierigkeiten, die sich uns in den letzten Jahren entgegenstellten hätten. J. W. Reichsfinanzreform, Reichstagswahlen, Berlinerlei, Gelbe Grönungen, Teuerung usw. Er betonte, daß dieses alles unsere Bewegung zwar etwas gehemmt habe, daß wir aber heute nach der vollzogenen Beitragshebhung mächtiger und geschlossener wie je daständen. Er forderte die anwesenden Delegierten auf, unermülich zu werden, damit der 1. Bezirk seinen Platz an der Spitze behaupten möge.

Nachdem dann noch der Kollege Sistenich anerkennend und aufmunternde Worte an die Anwesenden gerichtet hatte, war die Tagesordnung erschöpft. Es wurde die Wahl des Bezirksleiters vorgenommen. Kollege Peisch wurde wiedergewählt. Nachdem er für das Vertrauen gedankt und auf das nächste Jahr stattfindende 15-jährige Bestehen hingewiesen hatte, wurde die schön verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Akenbach i. Wiesental. Berichterstattung vom Verbandstage, so lautete die Tagesordnung der am Samstag, 28. September, im „Schützen“ abgehaltenen Versammlung. Bezirksleiter, Kollege Rümmele, gab uns ein lebendiges Bild der Tagung in Elberfeld und erläuterte uns die gefaßten Beschlüsse. Nach reger Aussprache wurde mit Mehrheit beschlossen, für unsere Ortsgruppe die Lokalkasse am 1. Oktober einzuführen und so dem Beispiel der meisten badischen Ortsgruppen zu folgen und die Lokalkasse zu stärken. Zur Bezirkskonferenz in Kassel wurde noch ein Kollege und eine Kollegin gewählt. Und nun, Kollegen und Kolleginnen, an die Arbeit und dem Verbands die Treue gehalten.

Gronau. Zu einer beachtenswerten Rundgebung für den christlichen Gewerkschaftsgedanken gestaltete sich die Versammlung, welche am Freitag, den 18. September den Allensfeld'schen Saal füllte. Anwesend war auch Herr Stadtsekretär Overis und zwei Mitglieder der hl. Firmmandat, Herr Polizeikommissar Duffstein und ein Polizeisergeant, der am Eingange des Saales postiert war. War das nicht ein Beamter zuviel? Lebhaft erinnerte sich der Herr Schriftführer dieses Wortes eines bekannten christlichen Arbeiterführers: Wir christliche Gewerkschaftler machen wohl eine Revolution aber keine Revolution. Gewerkschaftssekretär Bereg eröffnete die überaus zahlreich besuchte Versammlung unter der begründeten Betonung, daß das Barometer auf Sturm stehe, die Versammlung solle sein ein Protest gegen äußerst unliebame Vorkommnisse. Er erteilte dann dem Bezirksleiter Otte das Wort, der über die jetzige Wirtschaftskondition und die Verachtung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften sprach, unter Einschiebung einer Kritik der lokalen Vorkommnisse. Eingangsbetonte er, daß, wie jede große Bewegung, so auch die christliche Gewerkschaft sich nur unter großen Schwierigkeiten habe durchsetzen können. Aber die Schwierigkeiten seien da, um überwunden zu werden, auch die lokalen Schwierigkeiten. Von einem g-funden Optimismus müsse der christliche Gewerkschaftler besetzt sein. Auf die Schwierigkeiten für die Gesamtbewegung eingehend, nannte er zunächst die Fachabteilungsbestrebungen, die Betätigung der Berliner, deren Ideen einfach von den praktischen Verhältnissen über den Haufen gerannt werden. Der Ansturm der Berliner ist endgültig abgewehrt, fuhr Redner wörtlich fort, um dann als weit schwerere, bedeutungsvollere Gefahr die „Gelben“ recht klar zu porträtieren. Scharf ging er mit diesen sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ ins Gericht, die sich der tatkräftigsten Förderung weitest industrieller Kreise und der Unterstützung namhafter Tag-Blätter erfreuten. Aber es werde den „Gelben“ nicht gelingen, den Sieg an ihre Fahne zu heften, das verbindende schon der Selbsterhaltungstrieb des Arbeiters und seine Einigkeit mit seinen gleichgesinnten Kollegen. Was sind denn diese Wirtschaftsfriedlichen? fragte Herr Otte weiter. Man spannte ihre sie das nationale Moment ein, tatsächlich sind sie voll Egoismus und Speichelleckerei, Leute, die ihr Koalitionsrecht für ein Einseitigkeitsverfaufen. Die „gelben Verhältnisse“ illustrierte Redner sodann durch bezeichnende Vorkommnisse bei Krupp und auf der Burbacher Hütte. Bei der „gelben Bewegung“ finde man auf der einen Seite Brosamen, auf der anderen die Peilsche, um das Aufwärtstreben der Arbeiterschaft niederzubalzen. Interessant war die Feststellung, daß in einem Falle soviel Tausende den „Gelben“ geschenkt, aber soviel mehr Tausende an Lohnausfall zu verzeichnen gewesen seien, welche Mitteilung von der Versammlung mit einer verständnisvollen Rundgebung entgegen genommen wurde. Nun kam Redner zu einem Ausblick auf die wirtschaftliche Konjunktur. Diese sei im allgemeinen als recht günstig zu bezeichnen. In der Eisenindustrie habe man heute eine Hochkonjunktur, wie wohl noch nie. Etwas anders sei es in der Textilindustrie, bei der die verschiedensten Faktoren mitfprägen. Sie stehe nicht so günstig wie die Eisenindustrie, immerhin aber ganz bedeutend besser als vor 1 1/2 Jahren. Man kann sagen, daß es ihr gut geht. Im beiderseitigen Interesse nun, fuhr Redner fort, in dem der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, liegt unsere Bewegung, die da schafft fleißige, solide und pflichtbewusste Arbeiter. Besonders muß auch das Verdienst der Organisation um die Rückwärtsbewegung, die doch wahrlich auch im Interesse der Arbeitgeber liegt, betont werden. Wenden wir uns nun, so fuhr Redner fort, zu den zeitigen Verhältnissen, so müssen wir feststellen, daß seit Jahren alle Lebensmittel teuer geworden sind und daß es einem Arbeiter oft schier unmöglich ist, seine Familie halbwegs anständig zu ernähren. Vielen wird es nur Sonntags möglich sein, ein Stüchlein Fleisch zu genießen. Wenn da Löhne von 15 M. die Woche hier in Gronau gezahlt werden, so ist direkt zu bemerken, daß diese absolut unzureichend sind. Wie sollen die Verhältnisse nun gebessert werden? Von selbst kommt nichts. Vereinzelt ohnmächtig, kann der Arbeiter nur in und mit der Gesamtheit seine Lage verbessern. Die Industrie in Gronau steht zur Zeit nicht schlecht. Wir können heute wohl den Gedanken fassen, daß es besser werden muß. Wir haben auch Ursache, wegen bestimmter Vorkommnisse hier in Gronau ganz entschieden zu protestieren. Das Koalitionsrecht lassen wir uns nicht nehmen. Jeden Angriff auf dasselbe weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Wir protestieren mit dem ganzen ehrlichen Jorn, den unsere große Sache uns ein gibt. Wir wollen unser Recht, aber demgegenüber betone ich, wie das stets die christliche Gewerkschaft tut, daß wir auch Pflichten zu erfüllen haben und daß wir erst dann unser Rechte beanspruchen können, wenn wir unsere Pflichten erfüllt haben. Redner approuvete dann unter Hinweis auf verschiedene Vorkommnisse, die Politik der Madelische, die in letzter Zeit in Gronau beliebt werde, speziell bei der Baumwollspinnerei Gronau. Möglich sei es ja wohl, daß man der Direktion nicht die Schuld geben könne, es seien bedauerlicher Weise oft die Ausführenden brachzte Herr Bezirksleiter Otte in überaus begeistelter Weise einen Appell für die Gewerkschafts Sache. Fort mit dem alten Schlenorian, kämpfen wir für unsere Sache, streiten wir für unsere Arbeiterrechte, zeigen wir uns opferwillig. Die Besserung der Verhältnisse ist notwendig und die da unserer Organisation noch fern stehen, sind ein Hemmschuh unserer Bewegung. Ohne Einigkeit, ohne zielbewusstes Vorgehen, ohne Opferwilligkeit und ohne Solidarität keine Erfolge. Der Vorsitzende, Gewerkschaftssekretär Bereg stellte den Vortrag zur Diskussion. In dieser feierte Herr Redakteur Hock-Greven die christliche Gewerkschaftsbewegung als die vielleicht bedeutungsvollste Tat des 20. Jahrhunderts, als eminenten Kulturfaktor und fand es tief bedauerlich, daß noch so manche Arbeiter dem Organisationsgedanken fremd gegenüber stehen. Er ermahnte noch zum fleißigen, unermülichen Schaffen im Dienste der Gewerkschaft. Jedes Organisationsmitglied müsse ein Agitator für die Gewerkschafts Sache sein. Er appellierte mit folgenden Dichtworten zu den Schaffensfreudigkeit und den Ehrgeiz des christlichen Gewerkschaftlers:

O schaffe, was es set, nach deimen Gaben,
Ein Lied, ein Bild, am Weckruhl oder Flug,
Nur mußt du hoch gesetzt das Ziel dir haben,
Und was du leistest, sei dir nie genug,
Daß nie die Kraft, den Willen dir erschaffen,
Bom Hohen dich zum höchsten aufzuraffen.
Erfi, wenn dein Geist nach Fortschritt ewig geizt,
Wenn ewig die Vollendung lockt und reizt,
Dann lebst du erst, es leben nur, die schafften.

Lebhafte Beifall bewies auch nach diesen kurzen Ausführungen, daß die Versammelten ihren Inhalt aprouvieren. Kollege Bereg sprach nun zum Kapitel: örtliche Verhältnisse und legte ganz entschieden Protest gegen verschiedene Vorkommnisse ein. Aus der Zahl derselben möchten wir hervorheben: Zunächst den Fall Dierßen, welches Organisationsmitglied entlassen wurde, weil es darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Arbeiterinnen in der Mittagspause nicht durch

arbeiten dürften. Diertsen hatte lediglich seine Pflicht erfüllt, indem er mit dafür sorgen wollte, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung respektiert wurden, die auch u. E. nicht da sind, um umgangen zu werden. In einem zweiten Falle war eine kranke Arbeiterin wegen eines Krankenscheines bei einem Meister vorzeitig geworden, der sie mit den Worten anfuhr: „Seh in die Verdammnis!“ Mir meinen, ein derartiges Benehmen eines Meisters ist einfach ein Skandal. Als dritten Fall erwähnen wir zur Illustration der überaus traurigen Lohnverhältnisse in Cronau die Mitteilung, daß eine Arbeiterfamilie am Ostermontag betteln mußte, weil sie nicht hungern konnte. Die Ausführungen des Herrn Verev, der die gegenwärtige Lage in Cronau mit einem Pulverschaf verglich, in das zur Katastrophe nur ein Funken hineinfliegen mußte, wurde von lebhaften Unwillensäußerungen unterbrochen und zum Schlusse mit lebhaftem Beifall quittiert. Nachdem noch ein holländischer Arbeiter zu den Krankentassenverhältnissen gesprochen, sprach Bezirksleiter Otte das Schlusswort, in das er nochmals einen lebhaften Protest gegen die Cronauer Verhältnisse einfließt und in dem er erneuten Appell für die Gewerkschaftsfrage brachte. Kollege Verev dankte den beiden Rednern und schloß mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft um 8¼ Uhr diese imposante Demonstration für den christl. Gewerkschaftsgedanken in Cronau.

Kaufbeuren. Am 21. September fand in der Rosenau eine außerordentliche Generalversammlung statt, um zunächst die Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz zu erledigen. Als Delegierte wurden ein Kollege und eine Kollegin gewählt. Nach Erledigung der ersten zwei Punkte der Tagesordnung hielt der Präses des kath. Arbeitervereins einen Vortrag über das Thema: „Was der deutsche Textilarbeiter für ein Interesse haben soll an unseren Kolonien.“ Die Anwesenden lobten seine Ausführungen mit reichem Beifall. Hierauf wurden noch verschiedene Verbandsangelegenheiten besprochen und dann die Versammlung geschlossen.

Waldfisch (Weißgau). Unser Ortskartell schreitet rüstig vorwärts, erst kürzlich konnte eine Zahlstelle der Waldfisch- und Postarbeiter gegründet werden. Alles in allem zählen die dem Kartell angeschlossenen Ortsgruppen der Textilarbeiter, Bauhandwerker, Holzarbeiter und Brauer ca. rund 200 Mitglieder. In unserer Mitgliederversammlung am Freitag, 27. September, konnte unser Vorsitzender, Kollege Wäsmere, auch einige Gäste vom Ortskartell begrüßen. Bezirksleiter Kollege Hummel erstattete Bericht vom Eberfelder Verbandstage. Einstimmig wurde beschlossen, den Lokalbeitrag von 5 Pfennig pro Woche und pro Mitglied schon vom 1. Oktober ab zu erheben, um die Lokalkasse zu stärken. Eine rege Winteraquation wird vorbereitet und muß uns noch viele neue Mitglieder bringen, damit wir auch hier einmal speziell die geringen Löhne der Arbeiterinnen bessern können. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Bühler gewählt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Lohnabzug für den Besuch der Fortbildungsschule. Das Landgericht Eberfeld hatte sich am 10. Oktober 1911 mit dieser Frage zu befassen. Der Kläger verlangte für seinen minderjährigen Sohn die Lohnzahlung für die wegen Besuches der Fortbildungsschule veräußerten Arbeitsstunden. Das Gewerbegericht für den Kreis K. wies die Klage als unbegründet zurück. Die Klagen wurden dem Kläger aufgelegt. Die Verurteilung des Klägers gegen das Urteil wurde vom Landgericht kostenpflichtig zurückgewiesen.

Der Klage lag folgender Sachbestand zugrunde: Dem Arbeitsvertrage liegt ein schriftlicher Lehrvertrag zugrunde, in dem als Vergütung Stundenlohn festgesetzt war. Die verklagte Firma zahlte diese Vergütung nach Maßgabe der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Daraufhin hat der Kläger beim Gewerbegericht Klage auf Zahlung von 140 Mark erhoben mit der Begründung, die Beklagte habe zu Unrecht dem Kläger nicht diejenigen Stunden vergütet, in denen er infolge seines Besuches der obligatorischen Fortbildungsschule an der Arbeit verhindert gewesen sei. Ueberdies fanden die Bestimmungen des § 616 BGB. Anwendung.

Die Beklagte beantragt, die Verurteilung zu verwerfen. Die Verurteilung sei schon deshalb unzulässig, da der in Frage kommende Betrag nur 62 Mark ausmache. Weiter sei der Abzug für die durch den Fortbildungsschulunterricht veräußerten Stunden unzulässig.

Aus den Gründen: Die Verurteilung ist form- und fristgerecht eingelegt, auch statthaft, da als Objekt die vom Kläger behauptete Höhe der fälligen Forderung allein in Betracht komme. Jedoch war der Verurteilung der Erfolg zu verjagen. Der schriftliche Lehrvertrag ist die Vergütung nach Stunden fest. Diese Lohnbemessung kann, beim Fehlen anderweitiger Bestimmungen, nicht anders ausgelegt werden, als daß der Kläger den Lohn zu beanspruchen hat nach Maßgabe der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit, daß er also keinen Lohn zu beanspruchen hat für die Zeit, in welcher er fern von seinem Arbeitsfeld weilte. Von einem Abzuge am Lohn kann darum überhaupt keine Rede sein. Die Bestimmung des § 616 BGB. findet im vorliegenden Falle keine Anwendung. Der § 616 will den zur Dienstleistung verpflichteten vor unvorhergesehenen durch die Zufälligkeiten des Lebens bedingten Verdienstausfall schützen. Als ein solcher Verdienstausfall ist aber nicht der anzusehen, welcher durch den Besuch der Fortbildungsschule bedingt ist, da die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule schon beim Abschluß des Lehrvertrages feststand, und sich durch die ganze Lehrzeit hindurchzieht. Der Anwendung des § 616 steht mithin schon der Umstand entgegen, daß die Verurteilung nicht für eine ungewöhnlich geringe Zeit besteht. Ebenso besteht nicht ein Ortsgebrauch, wonach von den Arbeitgebern allgemein die Fortbildungsschulstunden so vergütet werden, als wären es Arbeitsstunden.

Anderes würde jedoch der Fall liegen, wenn eine Abmachung geschlossen worden wäre, wonach die Lohnberechnung nach Tagen oder Wochen zu erfolgen hätte. In diesem Falle würde allerdings ein Fernuntergehen unter den vereinbarten Lohn einen unzulässigen Abzug bedeuten.

Der englisch-deutsche Handel. Man könnte manche Spalte füllen, wollte man aufzählen, wie viele künstliche Mittel, als Besuche, Rundgebungen, Interviews und dergl. in den letzten Jahren ausgetrieben worden sind, um die Beziehungen zwischen Deutschland und England freundlicher zu gestalten. Diese Versöhnungsdemonstrationen haben gewiß nicht geschadet, eingestandenermaßen aber auch überraschend wenig genützt. Ueberzeugender als all die gemollten Bestrebungen wirkt immer noch die Betrachtung der nüchternen Ziffern. Welche Bedeutung hat der gegenseitige Warenaustausch für das Wirtschaftsleben eines jeden der beiden Länder? Verflechten sich die gegenseitigen Handelsbeziehungen immer enger? Zunächst seien die Ziffern der verflochtenen Jahre gegeben. Die Einfuhr von England nach Deutschland sowie der deutsche Export nach Großbritannien repräsentierten im Gesamtverlauf der Jahre 1908 bis 1911 nach Millionen Mark folgende Werte:

	1908	1909	1910	1911
Jan.-Dez. Einfuhr	697,4	723,3	766,6	808,8
Ausfuhr	997,5	1015,0	1102,0	1139,7

Man erfuhr jüngst aus den Veröffentlichungen der britischen Warenstatistik, daß Deutschland Englands zweitbesten Kunde sei. Allerdings sieht Großbritannien unter den Importländern Deutschlands mit 8,3 Prozent der gesamten deutschen Wareneinfuhr erst an dritter Stelle; vor ihm rangieren Rußland und die Vereinigten Staaten, ersteres mit 16,8 Prozent, die Union mit 13,8 Prozent unseres gesamten Warenimports. Dagegen hat das britische Inselreich unter den Absatzgebieten Deutschlands auch im letzten Jahr weitaus den ersten Platz behauptet. Der deutsche Absatz in Großbritannien errechnete sich auf 14,0 Prozent des deutschen Gesamtexports, in gleichem Abstand erst folgt Oesterreich-Ungarn mit 11,3 Prozent. Zum rechten Verständnis der Entwicklung im laufenden Jahre sind einige unvorhergesehene Momente zu berücksichtigen. Großbritannien Außenhandel war durch die großen nationalen Streibewegungen mehrfach gelähmt. Um so bemerkenswerter ist die Feststellung, daß die Ausfuhr der meisten Produkte nach Deutschland zugenommen hat.

Das gilt vor allem für die englische Textilindustrie. Baumwollgarn wurde in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 134 830 Doppelzentner aus England nach Deutschland gebracht gegen 133 931 Doppelzentner in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die englischen Lieferungen von wollenen Kleiderstoffen stiegen von 91 519 Doppelzentner auf 21077 Doppelzentner. Eine Zunahme von 7793 Doppelzentner auf 7968 Doppelzentner betandete die englische Einfuhr von gefärbten und bedruckten Baumwollgeweben ins deutsche Zollgebiet. Dagegen gingen die britischen Sendungen von Wollegarn aller Art von 125 739 Doppelzentner auf 107 591 Doppelzentner zurück. Die Einfuhr von Kreuzstuch kam zum Ausdruck mit 37 624 Doppelzentner etwa auf der Höhe des Vorjahres. Kreuzstuchwolke dagegen wurden vom Januar bis Juli dieses Jahres 21 684 Doppelzentner, d. h. 4009 Doppelzentner mehr als in der vorjährigen Korrespondenzzeit aus England eingebracht. Von den anderen Erzeugnissen, die Deutschland aus England bezieht, seien als die wichtigsten die folgenden genannt, die Einfuhr nach Doppelzentnern verglichen:

	1911	1912	+ oder -
Jan.-Juli Weißblech	262 030	285 044	+ 22 954
Seidenartige Felle	9 703	10 600	+ 897
Kleie	532 605	938 855	+ 406 250
Delfischen	217 363	329 285	+ 111 922
Zinn, roh	6 492	9 757	+ 3 265

Daß die englische Einfuhr von Steinkohlen von 52,00 Millionen Doppelzentner auf 45,88 Millionen Doppelzentner zurückging, ist nach dem oben Gesagten nicht verwunderlich. Von den Produkten, die Deutschland an den englischen Markt bringt, stieg die Lieferung von Stabeisen und Trägern von 717018 Doppelzentner auf 1058411 Doppelzentner. Infolge der letzten Winterernte sank die Ausfuhr von Häbenzucker von 2,02 Millionen Doppelzentner auf 0,63 Millionen Doppelzentner. Von deutschen Textilsabrikaten wuchsen die Sendungen von wollenen Kleiderstoffen nach England von 19 519 Doppelzentner auf 21 077 Doppelzentner. Dagegen ging der Export von dichten seidernen Geweben von 11 751 Doppelzentner auf 10 718 Doppelzentner zurück. Ueberdies brachte die deutsche Industrie von Januar bis Juli dieses Jahres 11 289 Doppelzentner am englischen Markt unter gegen 7851 Doppelzentner in der Parallelzeit des Vorjahres.

Versammlungskalender.

- Ameri-St. Georg. 20. Okt., 5¼ Uhr, bei Wm. Bernhard Klagen, Generalversammlung.
- Brassische. 13. Okt., 11¼ Uhr, bei B. vor dem Berge. Burgwaldklub. 20. Okt., bei Jaf. Hüfer, gleich nach dem Hochamt, Generalversammlung.
- Geisbach. 14. Okt., im Gesellschaftshaus bei Döring.
- Eberfeld. 19. Okt., 8¼ Uhr, im Lokale Pertenrat, Kitzbahn.
- Forst. 15. Okt., große Versammlung.
- H.-Stadbach-Eisen. 19. Okt., 8 Uhr, bei Alex Schumacher.
- H.-Stadbach-Lirrip. 19. Okt., 8¼ Uhr, bei Heinrich Rauen, Hedding, außerordentliche Versammlung.
- H.-Stadbach-Stein. 13. Okt., gleich nach dem Hochamt, im Lokale von Peter Loerz, Stein.
- Hart. 13. Okt., 9¼ Uhr, bei Gustav Reizen Generalverf.
- Post. 13. Okt., 11 Uhr, bei David Koch Generalversammlung.
- Pösch. 13. Okt., 11 Uhr, im Lokale von Magdalena Bösch, außerordentliche Generalversammlung.
- Imgenbroich. 20. Okt., 5 Uhr, bei Ed. Hanauer, Imgenbroich, Generalversammlung.
- Jachen. 20. Okt., 10¼ Uhr, bei Ad. Kremer, Quartalsversammlung.
- Ketzl. 19. Okt., 8¼ Uhr, bei Fr. Sieberts Generalversammlung.

Soran N.-O. 17. Okt., 8 Uhr, im Gasthof zu den drei Linden, Monatsversammlung.

Wais. 13. Okt., 6 Uhr, bei Anton Molben öffentliche Versammlung.

Wassenberg. 15. Okt., 7 Uhr, bei Wm. Hubert Schmitz Generalversammlung.

XI. Bezirk Südbayern.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 27. Oktober in Kaufbeuren statt. Tagungsort: Gasthaus zur Rosenau. Beginn der Verhandlungen vormittags punkt 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Berichterstatter über die Verbandsgeneralversammlung in Eberfeld, 3. Referat über die allgemeine Lage. Sämtliche Ortsgruppen sind verpflichtet einen Delegierten zu entsenden und haben die Wahl nach § 40 und 43 des Statuts zu betätigen. Mit kollegialem Gruß

Peter Geier, Bezirksleiter.

XII. Bezirk Württemberg.

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 27. Oktober in der Germania in Göppingen statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die notwendigen Delegiertenmahnen vorzunehmen. Die Tagesordnung wird durch Zirkular den Ortsgruppen zugesandt werden. Mit kollegialem Gruß

Hermann Kammerer, Bezirksleiter.

Adressenänderung.

Die Geschäftsstelle des Verbandssekretariats in Bitau befindet sich jetzt äußere Weberstraße 181. Heinrich Pieter.

Literarisches.

Die Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung. Von Heinrich Imbusch, Redakteur des „Vergnippens“. 118 Seiten. Preis im Buchhandel 1 M. Christlicher Gewerkschaftsverlag Köln.

Wer sich über die Entwicklung der Gelben in Deutschland orientieren und die Stellungnahme der verschiedensten Kreise zur gelben Bewegung kennen lernen will, findet das neueste und zuverlässigste Material in dieser Schrift. Das Werkchen erscheint gerade zur rechten Zeit, da die gelben Fangarme sich allenthalben bemerkbar machen. Kein strebamer christlicher Gewerkschaftler sollte versäumen, sich in den Besitz dieser Schrift zu setzen. Für die Bibliothekenbibliotheken und die Verbandsfunktionäre ist sie geradezu unentbehrlich. In Partien durch die Zahlstellen vom christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln (Postfach 157) bezogen, stellt sich der Preis auf nur 30 Pf. Einzelreemplare können zuzüglich Porto nicht unter 50 Pf. an die Gewerkschaftsmittglieder abgegeben werden. Bestellungen sind baldigt zu machen, da die erste Auflage der Schrift binnen wenigen Tagen bereits vergriffen war.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Neue, ab 5. Juli 1912 gültige Fassung. Taschenformat. Preis M. 1,10. Gesetzverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 80.

Die am 5. Juli 1912 in Kraft getretenen vielen Änderungen des Reichs-Strafgesetzbuches haben eine Neuausgabe erforderlich gemacht, denn alle früheren Ausgaben sind veraltet und unrichtig, zumal seit Bestehen des Reichsstrafgesetzbuches im Laufe der Jahre 15 verschiedene Novellen Gesetzeskraft erhalten haben. Es ist aber für Jedermann unerlässlich, im Besitze eines vollständigen und richtigen Strafgesetzbuches zu sein, weshalb die Anschaffung des handlichen Buches als nützlich zu empfehlen ist.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Aufruf an alle Mitglieder unseres Verbandes!
- Ein Rückblick auf den Eberfelder Verbandstag.
- Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz.
- Penkleton: Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie.
- Allgemeine Rundschau: Ein Verband deutscher Krankentassen.
- Vom schlesischen Webersend.
- Ein sozialdemokratischer Freihändler ins Stammbuch.
- Ein Sozialdemokrat über die Sozialdemokratie.
- Was können die Konsumvereine in der Fleischsteuerung tun?
- Gewerkschaftsbeiträge und Steuererklärung.
- Die Vorläufer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.
- Was will die Regierung gegen die Fleischsteuerung unternehmen?
- Und unserer Industrie: Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie.
- Der Geschäftsgang in den Krefelder Fabriken.
- Konvention der Luchfabrikanten.
- Das Problem der Baumwollpreisse.
- Aus dem Verbandsgebiete. Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Gronau i. B.
- Aus unseren Bezirken: Konferenz für den Bezirk Krefeld.
- Berichte aus den Ortsgruppen: Achenbach i. Wiesentale.
- Gronau.
- Kaufbeuren.
- Waldfisch (Weißgau).
- Volkswirtschaftliches und Soziales: Lohnabzug für den Besuch der Fortbildungsschule.
- Der englisch-deutsche Handel.
- Versammlungskalender.
- Anzeigen.
- Literarisches.